

Reda
Prog. Havak
Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.
Postfachamt: 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei späten
Einschaltungen Dreimonatsfrist.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—
Abrechnung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 11 Bl.

4. Jahrgang.

Freitag, 11. Jänner 1924.

Nr. 10.

Schänder der Demokratie.

Seit vielen Wochen — und bald werden es Monate geworden sein — dreht sich bei uns alles um die Korruptionsaffäre des Senatspräsidenten Prašek. Was sich bei uns politisches Leben nennt, das erschöpft seinen Inhalt an der Frage, ob Herr Prašek endlich zu gehen geruht oder nicht, und welches die von der Spiritusgesellschaft bestochenen Parteien und Personen sind. Die Zeitungen enthalten über die Angelegenheit täglich halbenlange Berichte und Betrachtungen, und es gibt gewiß keinen Menschen, den es, wenn er das Wort Spiritus hört, nicht zum Brechen reizt. Dennoch rührt sich die übertriebene Sache nicht vom Flecke. Vielleicht gerade deshalb, weil man hofft, daß die Schmutzwelle, wie so manche andere vorher, wieder verebben und die Affäre im allgemeinen Ueberdruß, sich weiter mit ihr zu beschäftigen, im Sande verlaufen werde. Herr Prašek ist noch immer Senatspräsident, und ehe eine wirkliche Klärung und Reinigung erfolgt, wird noch einiges Wasser die Moldau hinabfließen. Und selbst, wenn es gelingt, Prašek von seinem Posten zu entfernen — wird er darum auch aus dem politischen Leben verschwinden? Werden dann auch seine Mitschuldigen der Verantwortung verfallen und ausgemistet werden? Was geschieht mit den anderen Affären, deren Duft seit Jahr und Tag unser öffentliches Leben verpestet?

Man stelle sich vor, wie in jedem anderen Lande, das auf die Bezeichnung Kulturstaat Anspruch erhebt, ein solcher Fall — vorausgesetzt, daß er überhaupt möglich wäre — behandelt und erledigt werden würde. Er wäre vor allem deshalb nicht leicht möglich, weil anderswo das, was hier gang und gäbe ist, die Vereinigung von Geschäft und Politik, mindestens durch die besseren Sitten, wenn schon nicht durch gesetzliche Hemmungen, erschwert wird. Daß eine kapitalistische Gruppe die öffentliche Meinung und einflussreiche politische Personen zu kaufen sucht, kommt gewiß auch in anderen Ländern vor, denn die Korruption siegt im Wesen des Kapitalismus, aber er ist anderswo doch studenreiner und seine Träger entbehren der naiven Unverfrorenheit, in dem Versuch, ihrem Treiben zu steuern, eine unwürdige und unverdiente Kränkung zu erliden. Hier hält man sogar immer noch trotz aller erschreckenden Erscheinungen mit dem Amte eines politischen Funktionärs und Würdenträgers die Stelle eines Verwaltungsrates und Sachwalters eines Bankunternehmens oder irgend einer zweifelhaften Industrieritter-Gesellschaft für durchaus vereinbar. Anderswo würde ein ähnlicher Funktionär wie Prašek auch nicht einen Tag die Beschuldigung, Korruption geübt zu haben, auf sich sitzen lassen dürfen. Er würde unverzüglich alle gerichtlichen Schritte zu seiner Rehabilitierung zu unternehmen gezwungen werden, oder er müßte seinen Rücktritt vollziehen. Der Druck der öffentlichen Meinung und wohl auch seine eigenen Ehrbegriffe würden es ausschließen, daß er vor seiner restlosen Reinwaschung das ihm übertragene Ehrenamt ausübe.

Doch wie durfte Prašek handeln? Als er beschuldigt wurde, als Vorsitzender der Spiritusgenossenschaft aus dem zu seiner Disposition stehenden Fonds von 30 Millionen Kronen, große Millionenbeträge zur Bestechung an Personen und Parteien verausgabte zu haben, um sich ihrer Zustimmung oder ihres Schweigens darüber zu versichern, daß die Spiritusbrenner auf Kosten des Staates und der Bevölkerung ungeheure Liebesgeschenke erhalten, da ging dies dem Gemütsathleten vorerst nicht einmal unter die Haut, denn er wußte, daß er sich auf die Koalition und auf seine Partei verlassen könne, die ihn, wenn es nur irgend anginge, schon beden würden. Als die Angriffe gegen Prašek ihre Fortsetzung fanden, mußte schließlich der Koalitionsausschuß doch notgedrungen Stellung nehmen, doch kein Verbrecher könnte sich ein idealeres Forum zu seiner Verantwortung wünschen, als jenes war, vor das Herr Prašek geladen wurde. Ohne die Kläger zu hören und ohne einen einzigen Beweis zu prü-

Ein politischer Massenmord.

Der Führer der Pfälzischen Separatisten und vier Parteigenossen erschossen.
Bier weitere Separatisten erschossen.

Berlin, 10. Jänner. Gestern abends 9 Uhr ist der Führer der Pfälzischen Separatisten Gustav Heinz aus Orbis bei Kirchheimbolanden im Hotel „Wittelsbacher Hof“ in Speyer von einem Unbekannten ermordet worden, als er das Essen einnehmen wollte. Es erschienen plötzlich drei Männer, riefen „Hände hoch!“ und feuerten. Heinz stürzte sofort zu Tode getroffen zu Boden. Einer seiner Begleiter wurde leicht verletzt. Die Täter haben sofort die Flucht ergriffen. Ihre Persönlichkeiten konnten nicht festgestellt werden. Die Polizei und die Besatzungsbehörden haben Hausdurchsuchungen in der ganzen Stadt veranstaltet. Die Automobile, welche die Stadt verlassen, werden von Patrouillen durchsucht.

Als Geiseln für die Ermordung wurden heute nachts festgenommen: Oberregierungsrat Dr. Böllmann, Direktor Dr. Lehmann, Oberlandesgerichtspräsident Diabel, Staatsanwalt König, Bürgermeister Göhring, Amsterrat Müller und Justizassessor Diabel. Außerdem wurde nachts von den Separatisten eine strenge Patrouille ausgeübt.

Das Vorgehen der Attentäter war außerordentlich überraschend. Zwei von ihnen hatten sich vorher an den Tisch gesetzt, an dem Heinz saß und sich mit ihm und seiner Umgebung unterhalten. Kaum hatten sie sich dann aus dem Saal zurückgezogen, so öffnete sich die Tür, vier oder fünf junge Männer, die ungemein kaltblütig vorgehen, riefen „Hände hoch!“ und gaben sofort die Schüsse ab. Einer ihrer Mitäter schaltete unmittelbar nach der Tat den elektrischen Zentralschalter aus, so daß die Täter unbehelligt im Dunkel entkamen.

Der Hergang des Attentates.
Berlin, 10. Jänner. Wie die „B. Z.“ am Mittag“ aus Frankfurt am M. meldet, verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß bei dem gestrigen Anschlag im „Wittelsbacher Hof“ in Speyer außer Heinz-Orbis ein gewisser Weiß, Sand, Weigl und Fußheller getötet, sowie mehrere Personen, darunter ein gewisser Villenthal, schwer verletzt wurden. Die Getöteten waren, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, alle Führer der pfälzischen Separatisten.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Speyer gibt folgende Schilderung des Mordes, der sich in seiner Gegenwart abspielte. Danach fielen gestern abends 9 Uhr 15 Minuten, als der Berichterstatter mit etwa dreißig anderen Personen in einem Zimmer des „Wittelsbacher Hofes“ speiste, plötzlich eine Anzahl Schüsse. Drei Personen, die an einem Tisch genau gegenüber dem Berichterstatter saßen, sanken durch den Kopf getroffen zu Boden. Diejenigen, die geschossen hatten, riefen den Gästen zu, daß sie unbeforgt sein könnten, das Hotel aber nicht vor Ablauf einer Viertelstunde verlassen dürften und daß die Aktion sich gegen die Separatisten richtete. Nach kurzer Zeit trafen Gendarmen und deutsche Polizei, Separatistentrupps und französisch-afrikanisches Militär im Hotel ein und nahmen eine Untersuchung aller Anwesenden vor. Es kam zu keiner weiteren Schießung. In der Stadt herrscht Ruhe. Bisher sind keine Verhaftungen vorgenommen worden. Auch vor dem Hotel wurden drei Verletzte gefunden.

Die Persönlichkeit der Täter steht noch nicht fest, aber selbst wenn es wahr wäre, was von französischer Seite behauptet wird, daß der Mord von nationalistischer Seite ausgegangen ist, so muß doch als der wirkliche Schuldige die französische Regierung bezeichnet werden. Ihr beauftragter General de Metz hat den Separatistenputsch begünstigt und damit die Pfalz der Schreckensherrschaft einer Abenteuerbande ausgeliefert. Der einheimischen Bevölkerung war strengstens verboten, sich irgendwelcher Waffen zu bedienen, dagegen konnten die Separatisten ungehindert durch die Besatzungsbehörden, in vielen Fällen sogar von ihnen begünstigt, in die Pfalz einbrechen und sich der öffentlichen Gebäude bemächtigen.

Nach am 20. Dezember haben die Vertreter der Städte, der Gewerkschaften und der Betriebsräte in der Pfalz der Rheinlandskommission einen Protest überreicht, in dem sie die jetzigen furchtbaren Zustände schilderten. Dieser Protest ist bis heute nicht erledigt worden. Die Separatisten konnten unbehindert ihr Treiben fortsetzen. Bei den ermordeten Separatistenführern handelt es sich um sehr zweifelhafte Persönlichkeiten: so war der an ihrer Spitze stehende Heinz-Orbis zugleich Leiter einer Bauernorganisation, die den Lieferkreil der Landwirte gegen die Städte proklamierte und anforderte, daß die Milch lieber auf die Straße gegossen werde, als sie unter dem geforderten Preis an die Stadtbevölkerung abzugeben.

Frankösischer Jesuitismus.

Paris, 10. Jänner. (Havas.) Zwischen Frankreich und England fand einige Tage hindurch ein Meinungsaustrausch über die Situation in der Pfalz statt, wo die französische Regierung kürzlich über die Existenz geheimer Verbindungen, welche Gewalttaten gegen die Separatisten vorbereiten, berichtete. Der Mord an Heinz hat unglücklichweise die französischen Meldungen bestätigt und das Vorgehen der französischen Aemter, gegen welches die britische Regierung protestiert hat, gerechtfertigt. Beide Regierungen haben beschlossen, daß die Delegierten der interalliierten Rheinlandskommission diese Angelegenheit untersuchen.

Ein Konflikt unter den Alliierten wegen der „autonomen Pfalz“.

London, 10. Jänner. A.) Die Lage in der bayerischen Pfalz erweckt auch weiterhin die Aufmerksamkeit der britischen Kreise. Desgleichen befaßt sich die Presse ausführlich mit dieser Angelegenheit. Es wird hervorgehoben, daß der französische und belgische Oberkommissar in der Rheinlandskommission zur Registrierung gewisser Erlasse der separatistischen Aemter einwilligten und daß die britische Regierung gegen die daraus abgeleitete Anerkennung dieser Autoritäten protestierte, weil sie mit der britischen Politik, welche schon früher dargelegt wurde, wie auch mit den früheren Erklärungen der französischen und belgischen Regierung im Widerspruch steht.

Der Berichterstatter der „Times“ gibt eine eingehende Darstellung der jüngsten Ereignisse. Er bemerkt, daß die von der Rheinlandskommission registrierten Resolutionen wie dies mit den Erlässen vom 2. Jänner der Fall war, definitive Gültigkeit erlangen, da keine Regierung binnen zehn Tagen dagegen Einspruch erhoben wird. Der Berichterstatter sagt hinzu, daß daraus die Notwendigkeit einer energischen Aktion seitens der britischen Regierung innerhalb zweier Tage hervorgeht, da Großbritannien nicht wünscht, eine autonome Regierung durch die von der interalliierten Rheinlandskommission geführten pfälzischen Aemter anzuerkennen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Einsetzung einer autonomen pfälzischen Regierung keine gesetzliche Gültigkeit erlangen kann, wenn sie nicht im Rahmen der Weimarer Verfassung durchgeführt wird, was ein Plebiszit bedeutet, das wenigstens ein Drittel der Wähler fordern müßte, es müßte denn sein, daß sie die Anerkennung der deutschen Reichsregierung erlangen würde. In keinem Falle aber ist die interalliierte Rheinlandskommission berechtigt, irgendeinem Staate die Anerkennung zu erteilen.

Der „Daily News“ und anderen Blättern zufolge sind zahlreiche Beweise darüber vorhanden, daß die spontane Bewegung in der Rheinprovinz auf Abtrennung vom Reich zurückzuführen und figurierten Charakter trägt.

Straßenkämpfe zwischen Separatisten und Pfälzern.

Viele Tote. — Frankreichs Blutschuld an den Vorfällen.

Berlin, 10. Jänner. (Eigenbericht.) Die Ermordung der Separatistenführer in Speyer hat bereits zu schweren Folgen geführt. Nicht nur, daß eine Anzahl städtischer und staatlicher Beamten von den Franzosen als Geiseln verhaftet worden sind, kam es in der Stadt Speyer

zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Separatisten und Pfälzern, bei denen es eine Reihe Todesopfer gab. Man muß damit rechnen, daß die Bluttat zu weiteren heftigen Erschütterungen in der Rheinpfalz führen wird.

sen, begnügte sich der Koalitionsausschuß in edler Bescheidenheit, auf die bloße Versicherung Prašeks hin, er habe keiner politischen Partei Bestechungsgelder zukommen lassen, alles in Ordnung zu finden und Prašek ein solennes Vertrauensvotum auszustellen. Einer gerichtlichen Austragung ging der Herr Senatspräsident in weitem Bogen aus dem Felde, dagegen sorgte er dafür, daß sein Hauptankläger, Preß, noch von Staatsfinden der Generalversammlung aus der Spiritusgenossenschaft ohne Verhör ausgeschlossen werde, um ihn so mit Gewalt zum Schweigen zu bringen. Alles war darauf angelegt, die Tatsachen zu verwickeln, Prašek reinzuwaschen und sein leuceres politisches Leben der Koalition zu erhalten. Daß diese Vertuschungsbestrebungen ein politischer Skandal ohnegleichen waren, bedachten die wackeren Koalitionsmacher ebensowenig, wie den Umstand, daß ihre evangelische Milde zu Prašek, den Präsidenten der Republik in die peinliche Zwangslage verlegte, sich zu Neujahr von einem Menschen, auf dem der Vorwurf lastet, politische Bestechungen verübt zu haben, die Hand drücken zu lassen, oder sich seinen Besuch zu verbitten. Daß Majaral sich Prašek vom Leibe hielt, ist für ihn gewiß ehrenvoll, aber die Koalitionsparteien haben es ihren sonderbaren Ehr- und Reinlichkeitsbegriffen zuzuschreiben, wenn die Tat Majarals im In- und Auslande weniger ehrenvoll für sie und damit auch für die Regierung aufgefaßt wurde. Aber trotz des ungewöhnlichen Schrittes des Präsidenten, der der Verurteilung des Strebens gleichkommt, die Korruption im Staate einnisteln zu lassen, geschah noch immer nichts. Weder die Koalition noch die agrarische Partei, der Prašek angehört, fühlten sich bemüht, sich zu rühren, und so darf er bis heute Senatspräsident sein.

Es gibt kaum eine der Koalitionsparteien,

die mit völlig reinem Gewissen aus der Affäre heraussteigen wird, denn sie alle sind mitschuldig daran, daß der Skandal solche Dimensionen annehmen konnte und sie alle haben aus Sorge um die Erhaltung der Koalition, den Prašek in entscheidenden Augenblicken unter ihren Fittichen gedeckt. Keiner dieser Parteien sind Bedenken darüber aufgestiegen, welchen moralischen Wert eine Koalition habe, deren Erhaltung es verlange, daß Angehörige, selbst wenn sie den Bestand der Korruption ausströmen, aus dem politischen Leben reinlich ausgeschieden werden. Die agrarische Partei will recht einen Untersuchungsausschuß einsetzen. Müßte sie sich erst durch den aufsehenerregenden Schritt des Präsidenten der Republik dazu zwingen lassen, die ihr vom ersten Augenblicke an blanke Selbstverständlichkeit hätte sein müssen? Ist sich diese Partei bewusst, welche Folgen ihre durch den Untersuchungsausschuß gewonnenen Erkenntnisse jetzt haben müssen? Erklärt sie Prašek für schuldig, bleibt an ihr der Vorwurf haften, daß sie monatelang geschwiegen und Prašek geduldet hat. Erkennt sie ihn aber durch ihr Verfahren, das unter Lustablauf vor sich gehen wird, für unschuldig und engelrein, in welche Situation wird sie den Präsidenten der Republik dann bringen! Und erst die tschechischen Nationalsozialisten, die nach langem Schweigen zugeben müssen, durch Vermittlung des anrüchigen Kabelaas eine Millionensumme für ihr notleidendes Kinounternehmen von der Spiritusgenossenschaft erhalten zu haben! Der Schmutz steigt immer höher, die Atmosphäre wird immer stickiger. Den Schaden trägt die Demokratie, die von dieser Art Hüter in gewissenlosester Weise kompromittiert wird. Ist es wirklich unmöglich, in diesem Staate der Korruption im politischen Leben ein Ende zu machen?

Die Konferenz mit Hindernissen.

Auch die zweite Sitzung abgefaßt. Belgrad, 9. Jänner. Da die Ankunft des ungarischen Außenministers Ducca eine Aufstreuung der Verhandlungen erfahren hat, dürfte die auf morgen vormittag anberaumte Konferenz entfallen. — Dr. Benes stattete heute dem Ministerpräsidenten einen Besuch ab.

Komplimente des Verbündeten.

Paris, 10. Jänner. (Havas.) „Petit Parisien“ betont, daß von den letzten Vorparlamenten die Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad ein Ereignis von besonderer Bedeutung ist. (Der rumänische Außenminister Ducca erklärte vorige Woche, man überreibe die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz. Am Ende wissen die Kleinen Ententisten noch gar nicht, was ihnen Frankreich in Belgrad servieren lassen will? D. Red.) Bei der Prüfung der in den letzten fünf Monaten erzielten gemeinsamen Resultate muß sich Dr. Benes vor allem klar machen, ob er nicht zu scheitern ist. Die französisch-tschechoslowakische Allianz entspricht den Intentionen der Schöpfer der Kleinen Entente, deren Tätigkeit sie erweitert. Die Allianz manifestiert die den Western mit dem Osten verbindende Solidarität und die Tschechoslowakei, dieses Gebilde in Mitteleuropa, wird hierbei eine Rolle spielen, welche ihr ihre geographische Lage und die Reife ihrer Bewohner zugewiesen haben.

Der Horizont der Kleinen Entente ist nicht geklärt. Auf Seite Magyars dauert die Unsicherheit an. Wir erfahren allzuoft von der Tätigkeit von Elementen, welche weder die Verteilung Ungarns noch die Abstützung akzeptiert haben. Das Blatt hält es bezüglich des russischen Problems für sicher, das Dr. Benes und Rindö ihre guten Dienste bei der Vorbereitung eines Einvernehmens zwischen Rumänien und Rußland anbieten werden. Da die Tschechoslowakei und Jugoslawien keine Furcht davor haben, die Sowjets anzuerkennen, wird die Belgrader Konferenz einen Platz in der von Mussolini und MacDonald ausgehenden Bewegung einnehmen, welche auf die Schaffung eines neuen Verhältnisses zwischen den Sowjets und Europa abzielt.

Erklärungen über den tschechisch-französischen Vertrag im Wiener Parlament

Wien, 10. Jänner. Heute vormittag hielt der Hauptausschuß des Nationalrates eine Sitzung ab, in der Außenminister Dr. Grünberger über die auswärtige Politik sprach. Ueber den tschechisch-französischen Vertrag sagte er, daß nach der Versicherung, die Dr. Benes vor seiner Abreise nach Belgrad dem österreichischen Gesandten in Prag gab, dieser Vertrag in allen seinen Punkten den gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zur Tschechoslowakei entspricht. Wir wissen jetzt, erklärte Grünberger, aus dem Munde Dr. Benes, daß der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain in dem der Oesterreichischen Republik der Anschluß an Deutschland verboten wird! (D. Red.), wie auch das österreichisch-tschechoslowakische Abkommen von Lana im tschechoslowakisch-französischen Vertrage ausdrücklich zitiert sind. Die Tschechoslowakei und Frankreich stimmen auch darin überein, daß der neue Vertrag nichts gegen die bisherigen Verträge beinhaltet.

Der Artikel 8 des am 16. Dezember 1921 in Prag zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei abgeschlossenen politischen Vertrages enthält die Bestimmung, nach der sich beide Parteien verpflichten, mit keinem anderen Staate einen Vertrag abzuschließen, der dem Freundschaftsvertrage widersprechen würde. Eine Verpflichtung zur Mitteilung des Vertragswortes an Oesterreich besteht nach dem Abkommen für die Tschechoslowakei nicht. Nichtsdestoweniger erklärte Dr. Benes dem österreichischen Gesandten in Prag, er lege Wert darauf, daß Oesterreich

noch vor der offiziellen Unterschrift verständigt werde.

Nach dem Exposee des Außenministers entspann sich eine Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Bauer, Dr. Dinghofer, Dr. Ellenbogen sowie Bundeskanzler Dr. Seipel und Bundesminister Grünberger beteiligten.

Der Prozeß gegen die Hitler-Bußschilfen.

Ueber hundert Angeklagte.

München, 9. Jänner. Infolge der großen Zahl der Angeklagten im Hitlerprozeß — man spricht von weit über 100 Personen — wird die Verhandlung in zwei verschiedenen Verfahren durchgeführt werden, u. zw. gegen die Führer des Bußschiffes vom 8. und 9. November, wobei es sich um insgesamt neun Personen handelt, während die sogenannten Mitläufer in einem späteren Prozeß abgeurteilt werden sollen. Infolge dieser Teilung wird es auch möglich sein, das Verfahren gegen die Führer des Bußschiffes in München selbst durchzuführen, trotz der politischen Bedenken, die dagegen sprechen. Ein Termin für diese Verhandlungen ist noch immer nicht festgesetzt worden.

Der Staatsanwalt hat heute die Anklageschrift dem Gerichte zustellen lassen. Des Verbrechens des vollendeten Hochverrats sind nachfolgende neun Personen angeklagt: Hitler, Dudenorff und sein Stiefsohn, weiters der ehemalige stellvertretende Polizeidirektor Fried und endlich die ehemaligen Offiziere Röhmer, Weiß, Weber und Leutnant Brückner.

Das dänisch-deutsche Grenzabkommen.

Erklärungen der Genossen Stauning und Wels.

Kiel, 9. Jänner. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Kiel sprachen die sozialdemokratischen Parteiführer Stauning (Kopenhagen) und Wels (Berlin) über das von ihnen abgeschlossene Grenzabkommen, das von der deutschen bürgerlichen Presse vielfach als „Schädigung der deutschen Interessen“ und namentlich von den Deutschnationalen als „Verrat“ bezeichnet worden ist. Stauning wandte sich gegen die dänischen Nationalisten und versicherte, daß seine Parteigenossen niemals die Zustimmung zu der von dieser gewünschten Verlegung der dänischen Grenze nach dem Süden geben werden. Wels wies darauf hin, daß das Abkommen geschlossen sei, um die Befriedigung Europas zu fördern. Für Deutschland gelte es, durch eine Verständigungspolitik Freunde zu erwerben und die deutsche Sozialdemokratie wolle keine Präzedenzfälle.

Die Sozialistische Jugendinternationale.

Berlin, 10. Jänner. (Eigenbericht.) Im Anschluß an die Internationale Erziehungs-Konferenz in Hannover trat dort das Exekutivkomitee der Sozialistischen Jugend-Internationale zu einer Sitzung zusammen und bestimmte Berlin zum Sitz des Büros und Genossen Dillenburger zu seinem Leiter.

Vor neuen Lohnkämpfen in Rheinland-Westfalen.

Bonn, 10. Jänner. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet steht wieder vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen. Die freigezwecklichen Metallarbeiter haben vorbehaltlich der Stellungnahme des Hauptvorstandes einen Generalstreikbeschuß gefaßt. Auch im Düsseldorfer Bezirk hat sich die Streikbewegung weiter ausgedehnt. Außer bei den Metallarbeitern gärt es auch bei der Arbeiterschaft des Bau- und Verkehrswesens. Auch die übrige Arbeiterschaft ist sehr unzufrieden, da die Zahl der Arbeitslosen sich bisher kaum um die Hälfte vermindert hat und in Bonn allein noch 25.000 beträgt.

Die wirklichen Ursachen der Frank-Entwertung.

Der deutsche Reichsfinanzminister weist die französischen Beschuldigungen zurück.

Berlin, 9. Jänner. (Wolff.) Reichsfinanzminister Luther erklärte dem Vertreter des Wolffbureaus zu den Darlegungen des französischen Finanzministers de La Selve, dessen Behauptungen, eine Versammlung deutscher Bankiers in Frankfurt habe beschlossen, den Franken zu stützen, seien unsinnig. Eine solche Versammlung habe nie stattgefunden. Zur Behauptung de La Selve, Deutschland habe seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt, verwies der Minister auf das Urteil des amerikanischen Institutes of Economics, wonach Deutschland über 25 Milliarden Goldmark bezahlt habe. Die wirkliche Ursache des Frankenssturzes seien die wachsende Abneigung der Wirtschaftskreise aller Länder gegen die militärische Politik Frankreichs sowie ferner die Rückwirkung der französischen Rhein-Ruhrpolitik, die Deutschlands Zahlungsfähigkeit schädige, auf den französischen Kredit. Solange diese Politik Frankreichs andauere, werde der französische Etat ein Defizit aufweisen.

Rußland korrumpierte die französische Presse.

Wie die Kriegsbegebetriebe wird.

Paris, 9. Jänner. Die kommunistische „Humanité“, die bekanntlich seit Wochen Dokumente aus dem Nachlaß des bekannten russischen Finanzagenten Raskalowitz veröffentlicht, um seine Beziehungen zur französischen Presse aus den Jahren 1905 und 1906 klarzulegen, beschäftigt sich seit gestern mit den Beziehungen des russischen Finanzagenten zu der französischen Presse im Jahre 1912. Die „Humanité“ weist nach, daß um diesen Zeitpunkt, als eine neue internationale Krise ausgebrochen war, der russische Bolschewik Iswolski einen Einfluß auf die maßgebenden Blätter ausübte.

Der neue Kurs in England.

Baldwins Galgenstrick verlängert?

London, 10. Jänner. Dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ zufolge werden sich die Voraussetzungen, daß die Regierung Donnerstag nächster Woche stürzen werde, wahrscheinlich nicht erfüllen. Die Entscheidung werde wohl nicht vor Montag oder Dienstag der darauffolgenden Woche fallen, da die Debatten sicher sehr lang sein werden.

London, 10. Jänner. (M.) Das Unterhaus setzte heute die Vereidigung der Abgeordneten fort. Asquith, der noch leidend ist, dürfte Dienstag im Unterhause auf seinem Plage sein. Bei einem Festessen des Reformklub rief Lloyd George in seiner Rede den Zuhörern, der Arbeiterregierung keine überflüssigen Hindernisse in den Weg zu legen, sondern ihr im Gegenteil Gelegenheit zu geben, damit sie zeigt, was sie verstehe.

Die nächsten Aufgaben des Völkerbundes.

London, 10. Jänner. In einer Botschaft Lord Robert Cecil an die Völkerbundvereinerung aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens des Bundes heißt es u. a.: Der europäische Friede besteht noch nicht. Die deutsche Frage versperrt den Weg. Bis diese gelöst sei, können keine wesentlichen Schritte zum Wiederaufbau Europas erhofft werden. Die Reparationsfrage müsse gelöst, Deutschland müsse in den Völkerbund aufgenommen werden und, wenn möglich, auch Rußland. Dies seien die Aufgaben des Jahres 1924.

Seijas wollte Bethlen stürzen und Diktator werden!

Budapest, 10. Jänner. (Eigenbericht.) In der Untersuchung gegen die „Tiefenebene“-Brigade, welche den Esztergrader Mördern die Bomben zur Verfügung stellte, sind sensationelle Enthüllungen zu verzeichnen. Der Führer der Esztergrader Erwachenden Ungarn, Johann Sagh hat gestanden, daß sich der Wirkungsbereich der Brigade auf die ganze ungarische Ebene erstreckt hat und daß sie sich zum Ziele setzte, das bestehende Regierungssystem und die Regierung Bethlen zu stürzen. Auf ein gegebenes Signal sollte die Militärdiktatur errichtet und Ivan Seijas zum Diktator ausgerufen werden. Es war schon alles bis ins letzte Detail vorbereitet, um den Marsch aus der Tiefenebene nach Budapest zu unternehmen. Auch eine komplette Ministerliste war aufgestellt.

In Budapest dauern die Verhöre im Zusammenhang mit den Bombenattentaten in abgelaufenen Jahre fort. Auch die Nordboten an den Klavierfabrikanten Reichmann und an die sozialdemokratischen Redakteure Somogyi und Bacsó stehen im Vordergrund der Untersuchung. In oppositionellen Kreisen verlautet, daß im Zusammenhang mit dem Esztergrader Bombenattentat die Demission des ungarischen Heeresministers Grafen Csaky erfolgen werde; sein Nachfolger wäre General von Szurmay.

Ein furchtbares Fehlerregister.

Spät, aber doch, veröffentlicht nunmehr die kommunistische Presse (auch die tschechoslowakische) den ersten offiziellen Bericht über den „Stoßrückzug“ der KPD. Diese, im Auftrag der Mehrheit der Zentrale der KPD, ausgearbeiteten „Thesen“ sind eine in der Geschichte des Proletariats wohl noch nicht dagewesene Abrechnung von Massenführern mit der eigenen Verantwortungslosigkeit, Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit. Wer will, mag sich von der Ehrlichkeit des Beständnisses imponieren lassen. Wir sind etwas zurückhaltender, da wir den Umstand nicht übersehen können, daß diese Ehrlichkeit der kommunistischen Führung und Mehrheit ihr wohl von der Minderheit aufgenötigt wurde. Beichten der Minderheit würden wahrscheinlich noch ganz andere Themen zu Tage fördern.

Aber die „Thesen“ der „Mehrheit der Zentrale“ sind auch nicht ohne. Die erste (im Ganzen gibt es sieben) befaßt sich mit den „Fehlern der Vorbereitung und der Strategie“. Das Wort „Strategie“ ist im kommunistischen Sprachgebrauch durchaus nicht Auffälliges. Die Oberkapitisten reden und handeln wie Feldherren und Truppenkommandanten, die mit den Arbeiterbataillonen so wie mit Militärformationen exerzieren und Krieg spielen können. Die „militärischen“ Mängel spielen auch im Bekenntnis der Zentrale eine Hauptrolle. Gewissenhaft werden sie, nämlich die Fehler, in a), b) usw. bis u) eingeteilt. Diese Gründlichkeit soll den kommunistischen Arbeitern wohl über den mißlungenen Bußsch, den „Kampflösen“, falschen Rückzug“ und über alle Folgen der KPD-Taktik hinweghelfen.

Folgende Zitate aus dem kommunistischen Fehlerregister mögen die Kleinigkeiten beleuchten, in deren Beurteilung sich die kommunistischen Führer wieder einmal irrten:

- „Falsche theoretische Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges“
- „Falsche Einschätzung der Rolle der Partei in diesen Kämpfen“
- „Massenbewegung gedämpft, statt gefördert“
- „. . . man konstruierte eine abstrakte Kalkulation der Kräfteverhältnisse, ohne die wirklichen Kräfteverhältnisse zu kennen und geprüft zu haben“

Stiny Bolinsky.

Von James Oppenheim.

Als das erste Morgenlicht durch die Fenster kroch, wurde Stiny Bolinsky von seiner Mutter geweckt. „Der Vater frühstückt schon“, flüsterte sie ihm ins Ohr. „Die Sirene!“ rief Stiny, noch im Halbschlaf. „Piff sie schon?“ „Sie wird gleich pfeifen“, seufzte die Mutter. Stiny setzte sich auf, blickte mit blöden Augen in die kleine Stube. In der einen Ecke schlief das Baby in seiner Wiege. Die zwei Mieter stiegen eben aus dem Bett. Stiny selbst schlief auf einer Bratpfanne. Die Männer brummen ver schlafen. Sie zogen Hemd und Hose an; ihr nacktes Fleisch war schwarz und ölig. Ihr schwarzes Haar mutete an, als wäre es in einer Kohleneimer getaucht worden; die verschlafenen Augen waren scharf und hart. Stiny schlüpfte in die schweren Stiefel, zog das schmutzige Hemd und den schmierigen Arbeitsmantel an. Dann öffnete er langsam die Tür, schlich die Treppe hinab, verließ das Haus durch den hinteren Eingang und hastete fort. Er lief an erlichen grauen Häusern vorüber und erreichte einen kleinen Ziehbrunnen. Ein Duzend Männer, ebenso gekleidet wie er, stießen einander, um zum Brunnen zu gelangen. Der Ziehbrunnen wurde von vierzig Familien benutzt, wer zuerst kam konnte sich zuerst bedienen. Stiny stand eine Weile da, beschloß dann, ungemacht wieder fortzugehen. Auf dem Heimweg

blickte er sich um. Er schritt zwischen zwei Reihen von Häusern dahin, — graue Rippen, zwei Stockwerke hoch, alle einander gleichend und von einer fetigen Gasse getrennt. Es gab keine Gärten, nur einige verkümmerte, entlaubte Bäume. Hinter den Häusern erhob sich ein Hügel, mit Schmutz und Kohlenhaufen bedeckt. Den Hügel entlang zog sich ein Palngelände, und im Hintergrund stach ein kalter, trübseliger Berg in den Himmel. Der untere Teil des Berges war zum größten Teil fortgesprengt, graue Gebäude mit hohen Eisenschlössern standen starr davor. Bergabhang und Tal lagen in einem Schatten, höher oben jedoch breitete sich zitternde Helle über die Welt, und ein weicher Wind kam zusammen mit dem Licht geschweht. Und jählings erfasste Stiny Unrast, ein fiebriges Schenken, fortzuwandern, das Verlangen nach Dingen, die er nicht zu bestimmen vermochte, nach schönen, unerreichbaren Dingen. Er wünschte, es wäre Sonntag, damit er in die kleine Kirche am Strahlenende gehen und dort seine Lehrerin sehen könnte, diese Frau, die anders ist als alle anderen Frauen. Er dachte an Fräulein Danby, die in der Sonntagschule unterrichtete. Sie zählte vierzig Jahre, war dick, fröhlich und geknackigt. Sie nannte ihre Schüler voller Stolz „meine Jungen“. Die Jungen waren sowohl Burschen von fünfzehn, als auch Männer von fünfzig Jahren. Weist verstanden sie nicht, was Fräulein Danby ihnen erklärte; vielleicht verstand auch sie es nicht; immerhin tat es wohl, mit ihrem robusten Frohsinn zusammenzukommen. Stiny griff plötzlich unter sein Hemd, machte ein erschrockenes Gesicht und rannte

ins Haus zurück. Er eilte in sein Zimmer, holte unter dem Kopfkissen zwei kleine Abzeichen hervor und steckte sie sorgsam an sein schmutziges Hemd. Auf dem einen Abzeichen war das Bild eines Mannes zu sehen, darunter die Worte: „John Mitchell, der Freund des Proletariats“. Das andere war ein Kreuz, auf dem die Worte standen: „Zukomme uns Dein Reich“. Nun begab sich Stiny in das Nachbargemach. An der Wand rauchte der Herd, davor stand ein mit Wachsstock bezogener Tisch. An dem Tisch saßen Stiny's Vater, sein großer Bruder und die beiden Mieter. Die Mutter bediente die Männer. Niemand sprach, man vernahm bloß schmahende Laute. Auf einem Blechteller lagen dicke Brot-scheiben, auf einem zweiten Fertige. Die Männer stachen mit den Gabeln in die Teller, versuchten, so viel wie möglich zu erfassen. Stiny war hungrig; er aß ebenso gierig und laut wie die anderen. Immer mehr Licht siderte durch die schmutzigen Fenster, das Zimmer wurde hell; die Männer aßen, die Frau schritt unaufhörlich hin und her. Unerwartet wurde die Luft von dem langen, eigensinnigen Schreien einer Pfeife durchschüttelt, einem nicht enden wollenden, durch das Tal gellenden Ton. Alle riefen: „Die Sirene!“ Ein lecher Bissen, ein lecher Schluck Kaffee; die Männer griffen nach den Mützen und den kleinen Metalllampen, rannten die Treppe hinab, auf die Straße. Diese war voll von hastenden Männern und Burschen. Sie überschritten das Geleise, kamen an den grauen Gebäuden vorüber. Stiny lief zu einem großen schwarzen Loch, das ähnlich einem weit aufgerissenen Maul in der Flanke

des Berges klappte. Hier häufte sich feiner Kohlenstaub. Der Erdboden war schwarz. Kleine schmale Pfade gingen von dem Maul aus, mündeten im Dunkel. Auch ein kleiner flacher Karren lief durch das Maul. Stiny und ein halbes Duzend anderer entzündeten die Lampen; sie kletterten in den Karren. In diesem Augenblick überkam den Knaben von neuem die Unrast. Die Sonne stieg über dem Berg empor, strahlende Helle überflutete das Tal, ein kühler Wind kam geflogen. Stiny empfand das unwiderstehliche Verlangen, nicht in das schwarze Maul einzufahren. Er wollte wandern, Dinge suchen, unerreichbare, schöne Dinge. Etwas in der Luft lockte ihn, eine Stimme, die von wunderbaren Herrlichkeiten jenseits des Berges berichtete. Stiny begriff nicht, was ihm fehlte. Er wußte nicht, daß es der erste Frühlingstag war, daß Knospen sich nach dem Erblühen sehnten, daß Gras nach der Sonne verlangte, daß die Vögel von Nestern und Jungen träumten, daß in Männern und Frauen Liebestriebe erwachten. Der Wagenlenker berührte den kleinen Hebel; der Karren schoß geradewegs in das Maul hinein. Der Karren fürchtete das Dunkel nicht; er raste weiter, tiefer und tiefer, nahm Biegungen, pustete Anhöhen hinan, raste Abhänge hinab. Die Männer kauerten sich zusammen, senkten das Haupt. Der gehobene Kopf lief Gefahr, gegen die elektrische Leitung zu stoßen. Auf diese Art waren schon einige Leute ums Leben gekommen. Das Bergwerk-Ungeheuer hatte mit offenem Maul die Menschen verschlungen; nun jagte der Karren durch den Bauch der Bestie. Er kam an einer

Es folgen „Ueberschätzungen“, „Untererschätzungen“, eine „starke Desorientierung“ und schließlich ist die kommunistische Partei dem

„Kampfe im entscheidenden Augenblick ausgewichen.“

Man stelle sich das Gefühl des „Vorwärts“-Redakteurs vor, der das Abdrucken und für die lesenden Arbeiter noch folgendes hinzufügen muß:

„Dieses kampflose Ausweichen hat in die Massen Verwirrung getragen und das Vertrauen in die revolutionäre Führung des Proletariats geschwächt, die großen Sympathien zur kommunistischen Bewegung vermindert, das Kraftbewußtsein und Selbstvertrauen des Gegners gestärkt, die Zerfegung und Zerrüttung in den Reihen der weichen Banden gehemmt und so in einer objektiv revolutionären Epoche zukünftige Kämpfe des Proletariats erschwert.“

Und weiter heißt es, daß

„bei den schwankenden und mit der KPD. sympathisierenden Teilen des Proletariats und den verletzten Mittelschichten das Vertrauen zur revolutionären Lösung der ökonomischen, politischen und nationalen Probleme durch die Partei stark geschwächt wurde.“

Die Kommunisten geben also selber zu, daß sie in der Theorie wie in der Praxis vollkommen versagt sind und daß sie durch Duzende Fehler ihre Anhänger in eine schwere Niederlage hineingeführt haben. Nun könnte wohl genug des grauenhaften Spiels sein. Aber sie lassen nicht nach, versuchen vielmehr, die Arbeiter zu neuen Putschern zu treiben. Sie nennen das neuen „revolutionären Aufschwung“ und begründen seine Notwendigkeit unter anderem in folgender Plösch-marxistischer Weise:

„Auch wirtschaftlich zeigen sich keineswegs Anzeichen einer Konsolidierung des Kapitalismus, sondern eine zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze.“

Diese Formulierung beweist, daß selbst die Theoretiker der kommunistischen Zentrale Deutschlands keinen Dunst vom wissenschaftlichen Sozialismus haben. Gerade mit einer Konsolidierung des Kapitalismus ist die Verschärfung der Klassengegensätze immer notwendig verbunden. Man muß den zuletzt zitierten Satz der „Theßen“ mehrmals lesen, um seine völlige Unsinnigkeit ganz zu erfassen. Und solche „Marxisten“ wagen sich die Führung im Klassenkampf an, halten sich für die einzig Erfahrenen und Berufenen! Wie ihre Theßen sehen demnach auch ihre Handlungen und Aktionen aus.

Das Geständnis der kommunistischen Niederlage ist umfassend und müßte doch auch auf die verblendeten kommunistischen Arbeiter blutig erleuchtend wirken. Aber schon gehen die kommunistischen Führer Deutschlands mit neuer, unerhörter Freivolität daran, die Arbeiter wiederum zu blenden, zu verführen und aus Propagandazwecken zu den gefährlichsten, ja verbrecherischen Abenteuern zu mißbrauchen. Das im Ausland sitzende „Direktorium“ der KPD. hat einen Organisationsplan ausgearbeitet, dessen Inhalt von Neuem beweist, wie diese Herren, kaum daß sie ihre letzten katastrophalen Fehler eingestanden haben, mit der Arbeiterschaft weiterhin zu spielen gedenken. In dem Statut für die illegale Organisation — zur Illegalität ist die Partei ja durch das Verbot gezwungen und an dieser Illegalität an sich ist natürlich nicht das Geringste auszusetzen — heißt es unter anderem:

„Die Partei muß auf die Straße geführt werden, die Mitglieder müssen sich in jede Ansammlung, selbst in die kleinste, mischen und dort eine der kommunistischen Sache entsprechende Agitation führen. Ueberall müssen durch besondere Gruppen bis zu 100 Mann Ansammlungen organisiert, Diskussionen, Schießereien usw. injiziert und

Stelle vorüber, wo vor einem Monat eine Explosion gewesen war; — der Vorarbeiter und drei andere waren in Stücke zerhackt worden, — die Ursache hatte nicht festgestellt werden können. Die Männer auf dem Karren erinnerten sich nicht einmal des Vorfalles. Schließlich hielt der Karren an und Stiny stieg aus. Vor ihnen befand sich eine große gepolsterte Tür. Stiny öffnete sie. Der Karren raste weiter. Stiny schloß die Tür, setzte sich auf eine zerbrochene Holzbank. Er war allein; die Tagesarbeit hatte begonnen. Der Gang war in eine Art Schleife geleitet, an jedem Ende befand sich eine Tür, um im Falle einer Katastrophe das Eindringen der Gase zu verhindern. Stinys Aufgabe bestand darin, den ganzen Tag vor einer der Türen zu sitzen. Sobald er das Aufblitzen des rasenden Karrens sah, öffnete er die Tür. Gleichgültig horchte er da. Die kleine ruhende Laterne warf seltsam große Schatten; in ihrem Licht sah er schwarze, spitze Felsen, Kohlenstücke, Geleise; alles andere verlor er in der Dunkelheit. Stinys Gesicht war unbeschleunigt; schwere Flügel, kleine verschlafene Augen, dicke Lippen. Das hellblonde Haar war von Kohlenstaub geschwärzt. Er sah schmutzig, verwahrlost und schwarz aus. Seit drei Jahren leistete Stiny diese Arbeit. Er hatte als Zwölfjähriger damit begonnen. Unklar entsann er sich der Zeiten, da er mit anderen Knaben am Eingang des Bergwerks spielte, frei umherwandern durfte. Damals war es sein heftigster Wunsch, ein Mann zu werden und gleich dem Vater in der Grube zu arbeiten. Was sonst konnte

dadurch Neugierige angezogen werden.“

„Straßendemonstrationen sind zu organisieren, die von bewaffneten kommunistischen Abteilungen zu schützen sind. Die kommunistische Partei muß die Straße beherrschen, bei allen Aktionen auf der Straße muß sie die führende Rolle spielen. Nicht durch Streiks und Proteste kommt man bei der heutigen Wirtschaftslage zum Bürgerkrieg, nur durch Demonstrationen wird dieses Ziel erreicht.“

Vor einigen Tagen haben wir die Neuerung Brandlers, des Vorsitzenden der KPD., wiedergegeben, der es als Kardinalfehler und Hauptursache der Oktoberniederlage der von ihm geführten Partei bezeichnete, daß diese den Kampf um die Diktatur aufgenommen habe, obwohl die KPD. nur eine Minderheit des Proletariats in sich einschließe. Und zur selben Zeit fordert das neue Direktorium die Entfesselung des Bürgerkrieges mit allen Mitteln, künstlich hervorgerufene Demon-

Koalition, Korruption & Comp.

Präsident an Svehla.

Er stellt seine Funktion im Senate der Partei zur Verfügung.

Das Präsidium der tschechischen Agrarpartei hielt unter dem Vorsitz des Abg. Staněk eine Sitzung ab, über die folgendes Kommuniqué ausgegeben wird: Zu Beginn der Sitzung verlas der Vorsitzende eine Zuschrift des Präsidenten des Senates Karl Prásek vom 1. Jänner, in der dieser darauf hinweist, daß die Angelegenheit seiner Tätigkeit als ehemaliger Präsident der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrenner neuerlich den Gegenstand öffentlicher Diskussion bildet und dies außerhalb des Rahmens der parlamentarischen Kreise, weshalb es Präsident Prásek für geboten hält, daß diese Angelegenheit auf unparteiische Weise bis in das kleinste Detail geprüft werde, und dies umso mehr,

da er auch weiterhin darauf beharrt, daß in seiner Tätigkeit in der angeführten Funktion kein irgendwie gearteter Anstand gefunden werden könne.

Um diese Feststellungen zu ermöglichen, stellt Präsident Prásek seine Funktion im Senate der Partei zur Verfügung und ersucht, daß vom Präsidium des Exekutivauschusses eine engere Kommission eingesetzt und diese mit der Untersuchung der ganzen Angelegenheit betraut werde; Präsident Prásek hat sich bereit erklärt, der Kommission in jeder Hinsicht zur vollständigen Sicherstellung des tatsächlichen Standes der Dinge zur Verfügung zu stehen. Nach Verlesung dieser Zuschrift wurde einstimmig beschlossen, dem Ansuchen des Präsidenten Prásek, der sich an der Sitzung beteiligte, zu entsprechen. Es wurde dann eine engere Kommission gewählt, der aufgetragen wurde, diese Angelegenheit zu erledigen.

Die fremde Stirn der Nationalsozialisten.

Das „Cesté Slovo“ ist zur „Offensive“ übergegangen. In seinem geistigen Abendblatte befaßt es sich an drei Stellen mit der Spiritusaffäre. Unter dem Titel „Von den Spiritusbrennern haben wir nicht einen Heller bekommen“ verteidigt das Blatt, daß das Geld nicht aus dem Spiritusfond, sondern — von Herrn Kabelač stamme. Deshalb nennt es alle jene, die gegen die tschechischen Nationalsozialisten den Vorwurf der Korruption erheben, Lügner, Fälscher usw. und erklärt, daß es den Gegnern nicht gelingen werde, die nationalsozialistische Partei zu vernichten, so wie dies auch dem Erzherzog Friedrich nicht gelungen sei. Das das Blatt sogar den abgetakelten Sababurger mit der Spiritusaffäre in Verbindung bringt, ist mehr als zum Lachen.

sich ein Knabe wünschen? Es gab ja auf der Welt nichts weiter, als das dde, trostlose, ruffige Tal, eiskalte dumme Kameraden und ein Heim, in dem man sich lieber nicht aufhielt. Stinys Mutter hatte keine Zeit für ihre Kinder und für die Schenke waren die Knaben noch zu jung. Es gab auch eine Schule, aber die Lehrerin, die nur im Tal blieb, weil sie ihren Lebensunterhalt verdienen mußte, haßte und verachtete die Kinder der Bergleute. Dann war noch die Kirche da, — doch war Fräulein Danby erst dieses Jahr her gekommen. Die Grube war demnach die einzige Hoffnung in diesem eingegrenzten Kinderleben. Sie war tief, geheimnisvoll, schauerlich. Ihre Gefahren verließen ihr einen ganz besonderen Reiz. Wie drängten sich alle, wenn ein Toter herausbefördert wurde! Wie aufregend waren die Tage der großen Katastrophen, wenn das halb wahnsinnige Dorf sich vor den Eingängen stante, Frauen schrien und weinten, Männer gleich Teufeln arbeiteten, um die Kameraden zu retten! Aber es gab auch etwas, dessen Reiz noch stärker war, als die Gefahren, das schlagende Wetter, die Einstürze: das große Ungeheuer fütterte seine Opfer. Ihr Dasein hing von ihm ab. Brot, das Dach über dem Kopf, das Leben selbst waren Geschenke der Grube — und in dieser kleinen Welt konnte einzig und allein das Bergwerk diese Geschenke verteilen. Ein Mann sein, bedeutete hier: in das Ungeheuer eindringen, den Gefahren Trost bieten, am Samstag seinen Lohn in Empfang zu nehmen. (Schluß folgt.)

stationen mit „injizierten Schießereien“, also neue Blutopfer, unvermeidlich neue Niederlagen. . . . Das ist nicht Sozialismus und Kommunismus, sondern reinster Blanquismus, Bakunismus, Putschismus. Das sind vom internationalen sozialistischen Proletariat längst überwundene, verworfene Methoden, die mit denen des organisierten Massenkampfes überhaupt nichts gemein haben. Sie mitzumachen, können sich nur Abenteuerler entschließen und wir hoffen, daß sich solche unter dem Proletariat Deutschlands denn doch nur sehr wenige finden werden. Das von den Kommunisten selbst aufgestellte Fehlbüchlein vom Oktober beweist zur Genüge ihre Unverantwortlichkeit und Unfähigkeit. Ihre Bege zu einem nur aus agitatorischen, parteipolitischen und propagandistischen Zwecken zu entfesselnden Bürgerkrieg ist, um nicht mehr zu sagen, furchtbarer Wahnsinn, wäre die Krönung aller hundert bisherigen Fehler. Mit der dann nachfolgenden Erkenntnis wäre den Arbeitern Deutschlands, nach ungezählten Opfern, wenig gedient.

In seinem Leitartikel „Mutmaßungen und Beweise“ konstatiert „Cesté Slovo“ gegenüber den Ausführungen des „Rude Pravo“, des „Pravo Lidu“ und der „Rar. Listy“ auf Grund der „präzisen“ Erklärung des Parteipräsidiums folgendes:

1. Der Biograph „Loubre“ wurde nicht durch Geld der Spiritusbrenner, sondern durch eine Anleihe bei der „Lidova záložna“ auf Grund einer Anleihe des Herrn Kabelač saniert. Es konnte nicht auffallen sein, woher Herr Kabelač das Geld nahm, denn dieser Herr war nicht nur als vermöglicher Mann und langjähriger Vermittler bekannt, sondern die Anleihe war durch schwere Bedingungen gebunden, wie durch die Teilnahme des Herrn Kabelač an der Verwaltung des Proletariats und durch seine finanziellen Dispositionen bei diesem Unternehmen.

2. Bei dem gegenwärtigen Stand der Finanzwirtschaft haben wirtschaftliche Unternehmungen das Recht, nicht nur ihre finanziellen Überflüsse anzulegen, sondern auch eine Anleihe im Falle des notwendigen Bedarfs abzuschließen. Im Falle des Biographen „Loubre“ handelt es sich um eine rückzahlbare, fristlich gebundene, verzinsliche Anleihe, und die war schließlich durch die direkte Beteiligung des Darlehensgebers an dem Unternehmen gebunden. Diese Tatsachen weisen auf die Wahrheit und den Druhd der Anleihe und ihrer Reinheit hin. Wir setzen nämlich voraus, daß auch ein Arbeiterunternehmen das Recht hat, sich das zum Betriebe notwendige Geld zu beschaffen (Aber von wem? — Ann. der Red.), und daß man nicht so argumentieren könne, daß alle Geld- und Vermittlerfirmen, die Darlehen den Gewerbern verschaffen, diese korrumpieren. Wir machen neuerlich darauf aufmerksam, daß es sich in dem Falle des Biographen „Loubre“ nicht um ein Darlehen der Genossenschaft, sondern um ein Darlehen des Herrn Kabelač gehandelt hat.

3. Neuerlich bringen wir in Erinnerung, daß die Vertreter des Biographen auch nach Beschaffung des Kredits nicht wußten, woher der Gläubiger die Anleihe beschafft hat. (Das ist mehr als fraglich! D. Red.) Das Blatt konstatiert dann weiter, daß Herr Kabelač von der Partei niemals eine Provision verlangt und auch keine erhalten hat. In seinen weiteren Ausführungen polemisiert das Blatt mit den Berichten der drei oben angeführten Blätter und schließlich: „Wir konstatieren schließlich, daß nirgendwo eine so leichsinnige journalistische Beschuldigung denkbar ist, wie bei uns. Es zeugt auch von dem übermäßigen Gebrauch journalistischer Freiheit und Unverantwortlichkeit. Daher auch das Ausweichen vor dem ordentlichen Gerichtsverfahren, daher auch bloße Indizien und kein Beweis, daher auch bloße Anlagen und keine Uebersicherung. Wohin diese Verhältnisse führen, überlassen wir dem Urteil der Schreiber jener unverantwortlichen Angriffe.“

Die Korruption als stille Gesellschafterin der Koalition.

Die „Lidová Roviny“ besprechen ausführlich die Affäre der Loubre-Millionen und sagen schließlich: „In dieser Atmosphäre der Geschäftsgewordenen Politik und des politischen Geschäftemachens kann man überhaupt nicht atmen. Wir geben der schmerzhaftesten Operation den Vorrang vor dem Versaufen eines Organismus, der die Achse der nationalen Kraft und der Kern der politischen Macht sein soll.“

Beim grünen Tisch der politischen Parteien darf als stiller Gesellschafter nicht der lange Schatten der Korruption sitzen,

der sich immer erst in den Vordergrund unseres ganzen politischen Lebens drängt und der auch das gegenseitige Vertrauen aller Parteien und aller Leute vergiftet. Wir müssen wissen, mit wem wir die Ehre haben. Herr Klobaf will sicher nicht mit Herrn Kabelač verwechselt werden und Herr Strábrny wird politisch nicht gewinnen, sondern an 80 Silberlinge verlieren, mit denen an seiner Partei der Spiritusfond des Herrn Prásek partizipiert. Ein stiller Gesellschafter dieser Art ist der Koalition ein größerer Schädling, als der freche und lauteste Feind.“

Diesem Urteil eines koalitierten Blattes braucht wohl nichts hinzugefügt zu werden.

Was Herr Kabelač zu erzählen weiß.

Die „Lidová Roviny“ versuchten zu erfahren, was über die Spiritusaffäre der tschechischen Nationalsozialisten Herr Adolf Kabelač denkt, der die Spiritusgelder für das „Loubre“ verschaffte. Herr Kabelač lehnt es ab, eine Erklärung in die Zeitung zu geben, mit der Begründung,

daß er keine politische Rolle spielen wolle und daß er nur Geschäftsmann sei,

dem nur an geschäftlichen Beziehungen liege. Er versicherte aber, daß er das für den Biographen hergegebene Geld als eine reguläre Anleihe betrachte, für die er keinen Heller Provision genommen habe. (Die tschechischen Nationalsozialisten behaupten aber, Kabelač 300.000 K Provision gegeben zu haben. Ann. Red.) Kabelač erklärt weiter,

sein Geld unterscheide sich nicht von irgend anderen tschechoslowakischen Banknoten, die die tschechischen Bürger in der Tasche tragen.

Wenn es an ihm gelegen wäre, so hätte er längst gesagt, wie sich die Sache mit der Anleihe verhält. Dann wäre es nie zu Unannehmlichkeiten gekommen. So habe man nur den Komunisten gedient, welche nach Kabelač's Meinung am allerwenigsten Ursache hätten, sich in fremde Dinge einzumischen. Ansonsten lebte Kabelač jede Auskunft ab.

Wann wird den Pensionisten geholfen werden?

Wir haben schon in unserer Weihnachtsummer auf die traurige Lage insbesondere der Altpensionisten hingewiesen. Das seinharte Herz der Regierungsmänner scheint jedoch von dem furchtbaren Elend in den Reihen von Menschen, die mehrere Jahrzehnte ihre Arbeitskraft im Dienste des Staates aufgebraucht haben, nichts zu empfinden. Die Regierung zögert noch immer, den Gesetzentwurf vorzulegen, der die Lage der Pensionisten verbessern soll.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben bisher keine Budgetdebatte vorübergehen lassen, ohne auf das Elend der Pensionisten aufmerksam zu machen. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat nicht nur Anträge auf Erhöhung der betreffenden Budgetpost gestellt, die natürlich, wie die meisten Anträge der Opposition, in Pausch und Bogen abgelehnt wurden, sondern die Forderung nach Gleichstellung der Alt- und Neupensionisten erhoben und diesen Antrag in jeder Tagung des Parlamentes gestellt. Bei der Beratung der Staatsbeamtengehalte haben unsere Genossen im Parlament gleichfalls den Versuch unternommen, die Bezüge der Pensionisten so zu regeln, daß diejenigen, die früher in Pension gegangen sind, nicht geschädigt werden. Bei der Beratung der Dezentralgesetzte sind unsere Abgeordneten gegen jene Bestimmungen Sturm gelaufen, welche, entgegen dem Versprechen der Regierung, eine Gleichstellung herbeizuführen, nicht eine Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten, sondern, im Gegenteil, eine Herabdrückung der Neupensionisten auf die Stufe der Altpensionisten zum Zwecke gehabt haben. Während der Finanzminister sowohl unseren Abgeordneten als auch Abordnungen der Pensionisten gegenüber erklärt hatte, daß er die Forderung nach Gleichstellung der Pensionisten für gerechtfertigt halte, hat ein Beamter des Finanzministeriums in der Budgetdebatte erklärt, daß man wohl eine Besserung herbeiführen wolle, aber an eine Angleichung der Bezüge der Altpensionisten an die der Neupensionisten nicht denke.

Endlich gelang es unseren Genossen, in der Budgetdebatte die Angelegenheit vom Flecke zu bringen. Das gesamte Haus hat einstimmig dem Antrage des Genossen Dr. Czech zugestimmt, wonach die Regierung aufgefordert wird, die Vorlage betreffend die Regelung der Genuße der Altpensionisten dem Hause zu unterbreiten. Allgemein wurde demals angenommen, daß die Regierung noch im Laufe des Dezember dem Hause eine diesbezügliche Vorlage unterbreiten werde, wobei nicht nur die Frage der Pensionisten geregelt, sondern auch eine Regelung der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten durchgeführt werden würde. Diesem Versprechen ist die Regierung nicht nachgekommen, was, so weit wir hören, damit begründet wird, daß für eine Erhöhung der Genuße der Altpensionisten keine Deckung vorhanden sei.

Das alte Spiel soll wieder von vorne beginnen.

Gerade bei den Forderungen nach Erhöhung der Pensionistengebühren hält nämlich die Regierung den Augenblick für gekommen, um wieder die Steuerkränkel anzusehen und vom Parlament neue Steuern bewilligt zu erhalten. Angeblich hatte die Regierung die Absicht, von dem Ertrage der allgemein auf zwei Prozent zu erhöhenden Umsatzsteuer die Erhöhung der Pensionistenbezüge zu decken. Verbürgten Nachrichten aus der Koalition zufolge war dies jedoch nur ein Vorwand, um die Erhöhung der Warenumsatzsteuer durchzuführen. Tatsache bleibt, daß die Regierung ihr Versprechen einer Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten vorläufig nicht eingelöst hat.

Es ist uns nicht bekannt, welche Tauschobjekte die Regierung gegenwärtig vorzuzugibt, um eine Erhöhung der Pensionistenbezüge zuzustimmen, beziehungsweise, welches neue Steuergesetz sie vom Parlament beanprucht. Wie aber dieses Tauschgeschäft auch immer aussehen wird, sicher ist, daß

die Regelung, wie sie die Regierung vorschlägt, weder die Pensionisten noch die aktiven Staatsbeamten zufriedenstellen wird.

Die Lage der Pensionisten ist eine so drückende, daß es unwürdig wäre, wenn zwischen Regierung und Parlament um das Wenige, das die Pensionisten verlangen, ein Schwacher anheben sollte.

Inland.

Neuerliche Aufhebung von Ausweisungen deutscher Schüler.

Am 4. Jänner hatte das Oberste Verwaltungsgericht abermals über vier Beschwerden gegen Ausweisung von Kindern aus deutschen Schulen in Mähren zu entscheiden.

Diese vier Entscheidungen bedeuten zweifellos einen neuerlichen großen Erfolg in dem Kampfe der in Mähren vom Schulausschuss der politischen deutschen Parteien gegen das Hineinzwängen deutscher Kinder in die tschechischen Minderheitsschulen geführt wird.

Um den Mieterschutz.

Das Mieterschutzgesetz, das bekanntlich Ende April abläuft, muß bis dahin im Parlamente verhandelt werden.

Tolstoj in Pilsen — konfiziert. Die gestrige „Nová Doba“ wurde beschlagrahmt.

Auch der kommunistische Vizebürgermeister bei Mähren, Präsident Májaryl empfing gestern um 11 Uhr vormittags den Primator Groß-Prags Dr. Baza und dessen drei Stellvertreter Dr. Banek, Štála und Páros in besonderer Audienz, die nahezu eine Stunde währte.

Strafanzeige gegen Dr. Klima? Wie die Přebuzerger „Nov. Nov.“ erfahren, wurde gegen den Ministerialrat und Polizeidirektor Dr. Klima von der Kaschauer Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige erstattet.

Ausland.

Die englischen Parlamentswahlen von 1900 bis 1923.

Der imponierende Aufstieg der Arbeiterpartei ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich, die wir der ausgezeichneten Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ entnehmen.

Table with 4 columns: Jahr der Wahlen, Unionisten (Konervative), Liberale, Arbeiterpartei. Rows for years 1900, 1906, 1910 (Jan.), 1910 (Dez.), 1918, 1922, 1923.

Für die einzelnen englischen Parteien abgegebene Stimmen:

Table with 4 columns: Jahr der Wahl, Unionisten (Konervative), Liberale, Arbeiterpartei. Rows for years 1900, 1906, 1910 (Jan.), 1910 (Dez.), 1918, 1922, 1923.

Die zweite Tabelle unterrichtet über die Zahl der abgegebenen Stimmen ausschließlich der nicht umstrittenen Wahlkreise, in denen eine Wahl nicht stattgefunden hat.

wieder in seiner Sterbestunde gesagt hatte. Rastignac, Christoph und zwei Totengräber folgten allein dem Wagen, der den armen Mann nach Saint-Genevieve führte, in die der Rue Neuve-Sainte-Genève nächstgelegene Kirche.

„Ja, Herr Eugen“ sagte Christoph, „er war ein guter und anständiger Mensch, der nie ein zu lautes Wort gesagt, keinen Menschen geschändet und nie etwas Böses getan hat.“

Die beiden Geistlichen, der Chorknabe und der Kirchendiener kamen und gaben alles, was man für siebenzig Franken verlangen kann, da die Kirche nicht mehr genug reich ist, um ihre Gebete umsonst zu verschenken.

„Es gibt kein Trauergefolge,“ sagte der Geistliche, „wir können schnell fahren, um uns nicht zu verspäten, es ist halb sechs.“

Als der Sarg in den Leichenwagen gestellt wurde, erschienen zwei leere Wagen mit Wappen, es waren die Wagen des Grafen Restaud und des Barons von Rucingen.

Tages-Neuigkeiten.

Lachen links!

Das neue sozialistische Witzblatt unserer reichsdeutschen Genossen „Lachen links“ wird am 11. Jänner zum ersten Mal erscheinen.

Wir konnten einmal lachen, ein verschollener Klang... Dennoch: Trübsal blasen ist aller Paster Anfang!

Wirktlich, Freunde, wir wären verreckt! Bei alleruntertänigstem Respekt Vor Majestäten, Altar und Thron ohne die zwerchfellerschütternde Abreaktion, Wir hätten im Elend erstickt müssen, Uns verzweifelt die Finger zerknicken müssen, Wär als Erleichterung nicht aufgestiegen — Selten verging's — Lachen links!

Das Lachen tötet heut nicht mehr — gewiß; Sonst fähen sie längst im tiefsten Verfall, Die Hiterliche, die Delferliche, Die Wilhelm's und Eitel-Schieberliche. Doch wir wollen deshalb nicht stumm sein, In jeder Antwort soll Witz und Wumm sein; Ein fröhliches Glücken der Geisteslaraffe Helllauf spring's, Lachen links!

Eine Waffe. Die erste, doch nicht die letzte. Wer sich genießend nur hier ergötze, Dat nicht den Sinn un'fres Tuns begriffen, Lippen gespißt heißt hier: gepiffen! Leichterkeit soll die Seele reinigen, Doch mit des Wollens Ernst sich vereinigen. Schleif dein Schwert bei des Lachens Musik, Doch dann schwing's! Siehe links! In Staub die Feinde der Republik! („Lachen links“ kann durch den Verlag J. S. W. Dick, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, bezogen werden.)

„Bahnen von strategischer Bedeutung“.

Die Eisenbahnverwaltung gedenkt, wie das deutschgeschriebene Regierungsbüro erklärt, in erster Linie solche neue Eisenbahnstrecken zu bauen, die in strategischer und ganzstaatlicher Hinsicht von besonderer Bedeutung sind.

Es war noch im Weltkrieg, Ende Juni 1918. Ich fuhr nach Ostgalizien. Jrgendwo zwischen Strafau und Przemysl wurde das einförmige

zug bis zum Père-Lachaise. Um sechs Uhr wurde Vater Goriot in sein Grab gefenkt. Die Diener seiner Töchter umstanden es, sie verschwanden, nachdem der Geistliche das kurze Gebet gesprochen hatte, das er dem Studenten für sein Geld schuldig war.

Zu Fuß ging er in die Rue d'Artois und von dort aus zu Frau von Rucingen zu Tisch. (Schluß)

Landschaftsbild, das seit Stunden schon mit seinen endlosen Kornfeldern und Wiesen und noch endloseren Laubwäldern an den Wagenfenstern vorüberzieht, durch ein Schienenpaar zerrissen, das plötzlich — auf offener Bahnstrecke — von der Hauptverkehrslinie abzweigt und schnurgerade nach Norden tief. Die Holzunterlage dieses Schienenpaares war schon vermodert, die Grabschwellen überwucherten den Bahndamm.

Verwundert fragte ich meinen Nachbar, einen polnischen Offizier, was das für eine Bahnstrecke sei, die da ohne jede Veranlassung — eine Station oder eine Fabrik war weit und breit nicht zu sehen — in die Tiefen hinausläufe.

Auf meine weitere Frage, warum denn dieses solange schon brachliegende Verkehrsmittel nicht anderweitig benützt werde, so beispielsweise als Verbindungsbahn nach Kongresspolen, lachte mein Nachbar nur ironisch: „Die Bahn, deren Bau ja von keiner wirtschaftlichen Notwendigkeit diktiert war, geht durch ganz unproduktives Gebiet und endet einige Kilometer vor der Grenze. Der weitere Anschluss an das kongresspolnische Bahnnetz fehlt also. Und abmontiert darf die Bahn höchstwahrscheinlich nicht werden, weil sie ja in den Kriegsplänen enthalten ist.“

Wir unterhielten uns damals noch lange über die Vornehmheit der verschiedenen österreichischen „maßgebenden“ Stellen. Wir durften allerdings nicht sehr laut reden, denn es war ja noch Krieg und Österreichs Spitzel waren immer auf der Hut.

Dynamitexplosion auf der Grube „Auseim“ in Petrovich.

Das Přebuzer teilt mit: Am 9. Jänner wurden unter Intervention des Revierbergamtes, des Berghauptmannes und des Ministeriums für nationale Verteidigung, welches durch General Czop vertreten war, die Versuche mit gefrorenen Sprengstoffen durchgeführt, um sicherzustellen, ob durch den Fall einer Kiste auf die Erde eine Explosion entstehen konnte.

„Bahnen von strategischer Bedeutung“.

Die Eisenbahnverwaltung gedenkt, wie das deutschgeschriebene Regierungsbüro erklärt, in erster Linie solche neue Eisenbahnstrecken zu bauen, die in strategischer und ganzstaatlicher Hinsicht von besonderer Bedeutung sind.

Es war noch im Weltkrieg, Ende Juni 1918. Ich fuhr nach Ostgalizien. Jrgendwo zwischen Strafau und Przemysl wurde das einförmige

zug bis zum Père-Lachaise. Um sechs Uhr wurde Vater Goriot in sein Grab gefenkt. Die Diener seiner Töchter umstanden es, sie verschwanden, nachdem der Geistliche das kurze Gebet gesprochen hatte, das er dem Studenten für sein Geld schuldig war.

„Wie haben Sie gewagt, ihm dies fortzunehmen?“ sagte er. „Mein Gott! hätte man ihn damit begraben sollen? Es ist reines Gold.“ antwortete Sylvia. „Gewiß!“ sagte Eugen empört, „das einzige, das ihm von seinen Töchtern geblieben war, hat er mit ins Grab nehmen sollen.“

wa lb beantragte Gen. Hoffmann in der letzten stattgefundenen Stadtvertretung zur Gründung einer Ferienkolonie den Betrag von 10.000 Kronen zu bewilligen. Trotdem der Antrag wohlgegründet und die Notwendigkeit der geforderten Ferienkolonie auch von dem Sprecher der deutschen nationalsozialistischen Partei anerkannt wurde stimmten schließlich beide nationalsozialistischen Vertreter gegen den von ihnen, wie betont, selbst als gut und nützlich erklärten Antrag, und zwar aus — Ersparungs- und finanziellen Rücksichten.

Große Sturmstürzen gab es in der vor einigen Tagen stattgefundenen Gemeindeauschusssitzung in Oberdorf. Beim letzten Punkt der Tagesordnung hatte nämlich einer unserer Genossen das Wort ergriffen und hatte an Hand von Beispielen die rückwärtslose Pflanzwirtschaft des Oberdorfer Gemeindevorstehers Deea aufgezeigt. Dem Herrn Ortsvorsteher waren nun diese Ausführungen natürlich sehr unangenehm und er versuchte zuerst, entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung die Sitzung für vertraulich zu erklären. Als diese selbstherrliche Amtsführung einen ungeheuren Entrüstungssturm unserer Genossen auslöste, tat Herr Deea den bescheidenen Ausspruch: „Mich bringt niemand von diesem Stuhle weg“. Als dann die Sturmstürzen weiter andauerten, und unser Genosse in seinen Anarissen fortfuhr, rief Herr Deea nach der Polizei und bemühte sich dann selbst, diese herbeizuholen. Nach dieser so stürmisch verlaufenen Sitzung haben auch bürgerliche Vertreter ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß Oberdorf noch niemals einen so unfähigen Vorsteher gehabt habe. Einige Monate also nach dem 16. September, an welchem Tage die Bürgerlichen in Oberdorf die rote Mehrheit „stürzten“, wissen sich die jetzigen Nachhaber keinen Rat mehr und die Wähler ernten nur allzubald die Früchte ihrer Dummheit. Am Laufe der Debatte wurde auch mit dem wegen seiner Lehrlingsmißhandlungen berüchtigten Gemeindevorsteher Hollen abgerechnet. Als Herr Hollen sein Vorgehen „rechtfertigen“ wollte, verließ die Opposition geschlossen den Saal und gab damit zum Ausdruck, daß sie einen Lehrlingshinder das Recht absprecht, in einer öffentlichen Körperlichkeit zu sitzen.

Für die Romotauer Arbeitslosen. In der letzten Sitzung der Romotauer Bezirksverwaltungs-Kommission wurde der Beschluß gefaßt, neuerdings 25.000 Kronen für die Arbeitslosenhilfe zu bewilligen. Dieses Geld soll zur Finanzierung der Romotauer Auspreisaktion verwendet werden, wodurch die Fortführung der Suppentische, die wegen Geldmangel bereits in Frage gestellt war, wieder auf einige Zeit gesichert erscheint.

Der Vorschlag für Jägerndorf wurde in der letzten Sitzung der Jägerndorfer Gemeindevertretung von unseren Genossen einer eingehenden Kritik unterworfen. Bei Beratung der einzelnen Kapitel stellten unsere Genossen eine Reihe von Forderungen im Interesse der Arbeits- und Wohnungslosen. Unsere Genossen verlangten unter anderem, daß an die Kinder mittelloser Eltern in sämtlichen Schulen die Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Der Hilfsstelle für Lungenerkrankte, für die im Vorschlag nur 800 K zugewiesen werden, verlangen unsere Genossen eine Zuzahlung von 10.000 K. Der Bau eines Volksbades in Jägerndorf muß weiter endlich in Angriff genommen werden. Zum Kapitel „Beiträge an Vereine“ steuen unsere Genossen den Antrag, daß dem Arbeiter-Turn- und Sportverband in Aufzug eine Subvention gewährt werden soll. Die von der Stadtgemeinde begonnene Aktion, als Ersatz für die Baraken, Wohnhäuser aufzuführen, darf nicht abgeschlossen werden, bevor nicht alle Familien — und es sind ihrer noch heute 120 — in Häusern untergebracht sind. Unsere Genossen müssen weiter darauf beharren, daß auch für das Jahr 1924 im Voraus ein Beitrag von 200.000 K für Arbeitslosenfürsorge und ein Beitrag von 100.000 K für die Kostenträger eingestellt werde. Um für diese Mehraufwände eine Deckung zu verschaffen, verlangen unsere Genossen eine stärkere Belastung des Besitzes.

Der Rauber der Montur. Ein gewisser Otto Maner aus Jy-höhe (Bayern) hatte nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe seine Gefängniskleider unter verschiedenen Zutaten in eine Offiziersuniform umgewandelt und in dieser Aufmachung zunächst in Augsburg, später dann in anderen Orten in „vaterländischen Kreisen“ sich Eingang verschafft. Das Verhalten müßte er zu Betrügleren aus und das erschwundene Geld brachte er in Weinhäusern und Bars in leichsinziger Gesellschaft durch. Das Münchener Schöffengericht verurteilte den Arglosen zur Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monate und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Der kranke Franz. Einer Meldung des Pariser „Le Matin“ zufolge sind zwölf unbehagliche Personen, zum größten Teile Russen, von der Börse ausgewiesen worden. Die Polizei bewacht strenge die Grenzbahnhöfe zur Befürchtung der Kapitalflucht.

Frankreichs Geburtenzahl. In den ersten drei Vierteljahre des Jahres 1923 wurden in Frankreich 584.458 Kinder geboren und starben 506.007 Personen.

Einstellung des Eisenbahnverkehrs wegen Schneeverwehungen. Die Direktion der Staatsbahnen Prag-Süd teilt mit: Infolge der Schneeverwehungen, die meistens von großen Stürmen

Die Sozialversicherung im Subkomitee.

Das vom sozialpolitischen Ausschuss eingesetzte Subkomitee hat in der letzten Zeit einige Sitzungen abgehalten. Das Subkomitee einigte sich dahin, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen und gleich in die Spezialberatung der einzelnen Paragraphen einzugehen. Das Komitee beauftragte den Berichterstatter, ein einseitiges Referat zu jedem einzelnen Abschnitt zu erstatten und hierbei gleichzeitig die von verschiedenen Seiten gegen die Vorlage vorgebrachten Einwendungen zur Kenntnis des Ausschusses zu bringen.

Der Referent führt zum ersten Abfag des Paragraphen 95 aus, daß hier eine grundlegende Änderung gegenüber den bisherigen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes enthalten ist, da die Hilfe im Krankheitsfalle nur bei nicht absichtlich herbeigeführter Krankheit gewährt wird. Ueber diesen Abschnitt entspannt sich eine durch zwei Sitzungen sich hinziehende Debatte, an welcher sich alle Mitglieder des Subkomitees beteiligten. Genosse Taub verwies darauf, daß die Aufnahme dieser Bestimmung einen gewaltigen Rückschritt bedeutet. Den Krankenkassen war nach dem Paragraphen 9 des Krankenversicherungsgesetzes schon heute die Möglichkeit gegeben, im Statut eine Bestimmung auszunehmen, wonach Versicherte, welche sich die Krankheit absichtlich oder durch schuldhaftes Verfehlen an Kaufhändeln herbeiführen oder deren Krankheit sich als unmittelbare Folge der Trunkenheit ergibt, das Krankengeld überhaupt nicht oder nur zum Teil ausbezahlt wird. Nach unseren Erfahrungen waren nur wenige Krankenkassen bemüht, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen. Dabei muß festgehalten werden, daß wir durch mehr als 35 Jahre das Auslangen mit der Bestimmung gefunden haben, daß Hilfe im Krankheitsfalle gewährt wird. Redner beantragt daher die Eliminierung dieser Bestimmung aus dem Paragraphen 95 und ihre Uebernahme in den Paragraphen 104. Bei der in der letzten Sitzung durchgeführten Abstimmung wurde der Antrag des Abgeordneten Taub abgelehnt und der Antrag des Abgeordneten Laube, diese Bestimmung aus dem ersten Abfag zu eliminieren, sie aber in den zweiten Abfag aufzunehmen, angenommen. Ferner wurde beschlossen, nach dem Worte „Krankheit“ in der vorliegenden Zeile des ersten Abfages 1 des Paragraphen 95 in Klammer einzufügen „§ 97“ und an Stelle der Worte „außer den Fällen 1, 2, 3, 4 und 5“ einzufügen die Worte „vom Beginn der Arbeitsunfähigkeit“. Durch diese Bestimmung wird an der ursprünglichen Fassung des Entwurfes wohl nichts geändert, es wird aber klarer ausgedrückt, daß es die Absicht des Gesetzgebers ist, die der tatsächlichen mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankung vorangehende ambulatorische Behandlung in die einjährige Karenz nicht einzubeziehen. Der zweite Abfag des Paragraphen 95 hätte nach dem Antrag Laube nun zu lauten: „Dem Versicherten, der wegen nicht absichtlich herbeigeführter Krankheit arbeitsunfähig ist, gebührt vom 4. Tage dieser Unfähigkeit längstens durch ein Jahr folgendes tägliches Krankengeld.“ Die nächste Bestimmung hinsichtlich der Höhe des Krankengeldes in den einzelnen Lohnklassen wird zurückgestellt bis zur Beratung des Paragraphen 12 des Krankenversicherungsgesetzes. Die Bestimmung des Abfages 2 gibt Anlaß zu einer Diskussion über die in der Vorlage festgelegte absolute Karenz. Der Vertreter unseres Klubs verwies darauf, daß die Frage der Einführung der absoluten Karenz auch im alten Oesterreich des öfteren erwogen wurde und daß man sich selbst dort, obwohl man streis geneigt war, die Zustände in Deutschland getreu zu kopieren, nicht entschließen konnte, die absolute Karenz einzuführen. Die Versichter der Einführung der absoluten Karenz gehen von der Ansicht aus, daß es den Versicherten möglich sei, so viele Ersparnisse zu erzielen, daß sie der Kranke in der ersten Zeitperiode der Erkrankung für sich verwenden kann. Diese Annahme trifft für normale Verhältnisse nicht zu, sie ist aber schon ganz verfehlt angesichts der Wirtschaftsverhältnisse, unter denen wir gegenwärtig und voraussichtlich in der nächsten Zeit zu leben haben werden. Die Kurzarbeit wird zu einer Dauererscheinung. Taub beantragte daher, es bei der gegenwärtigen Bestimmung des Gesetzes zu belassen.

Der Referent beschäftigt sich mit allen in der Debatte vorgebrachten Argumenten und führt an der Hand der ihm vom Ministerium für soziale Fürsorge zur Verfügung gestellten Berechnungen an, daß die Einführung der absoluten Karenz eine Ersparnis von 87.610.000 K herbeiführt. Dem Wunsche nach Auflassung dieser Karenz könnte also nur entsprechen werden, wenn andere Maßnahmen getroffen werden

begleitet sind, wurde der Verkehr auf folgenden Strecken entweder ganz oder teilweise eingestellt: Stutenberg—Stadt Krutisch auf unbestimmte Zeit, Polna—Steden, Polna—Stadt auf 36 Stunden, Chohen—Leitomischl auf 24 Stunden, Caslau—Zavratec und Stobie—Brbn Duze auf 12 Stunden, Reuhus—Reuhustriz auf vier bis fünf Tage. Auf der Strecke Reuhus—Bobratzin verkehrten heute die Züge 5551 52 und 5555 nicht.

Ueber die Sichtvermerke der Pässe sagte in einem Epilog der österreichische Außenminister Grünberger u. a., daß die österreichische Regierung sich in letzter Zeit mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Die Regierung ist überzeugt, daß diese Erschwerung des Verkehrs sich abdllich wirkt und daher ihre Beseitigung angestrebt werden muß. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten will die Regierung in vollem Bewußtsein der wirtschaftlichen Bedeutung der Sichtvermerke zielbewußt auf die Erleichterung und die Beseitigung des Passivums wanges hinarbei-

ten, um diese Erschwerung wieder weitzumachen. Im Verlaufe der an der Hand der Vorlegungen des Referenten neu abgeführten Debatte wurde von den Vertretern der bürgerlichen Parteien auf die schwere Belastung der Volkswirtschaft hingewiesen. Der Sprecher unserer Partei nahm auch die Gelegenheit wahr, um nachzuweisen, wie verhältnismäßig geringfügig die Belastung der Volkswirtschaft durch die Sozialversicherung ist. Bei der Sozialversicherung kann von einem unproduktivem Aufwand nicht gesprochen werden. Der Ausschuss beschloß, die Abstimmung über die absolute Karenz vorläufig zurückzustellen.

Eine längere Debatte rief auch folgender Abfag hervor, der in dem ursprünglichen Entwurf folgendermaßen gelautet hat: „Die Bestimmungen der Punkte 1 und 2 beziehen sich auch auf den Fall eines Abortus.“

Einzelne Mitglieder des Ausschusses vertraten die Auffassung, daß die Unterstützungen in diesem Falle nur dann zu gewähren sind, wenn es sich um einen nicht absichtlich herbeigeführten Abortus handelt. Sowohl der Vertreter unserer Fraktion, als auch der Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten verwiesen darauf, daß mit Rücksicht auf die Bestimmung im Abfag eins, Zahl 2, wonach Krankengeld überhaupt nur bei Krankheitsfällen, die nicht absichtlich herbeigeführt sind, ausbezahlt wird, die Aufnahme einer einschneidenden Bestimmung in diesem Falle ganz überflüssig ist. Genosse Taub wies insbesondere an, daß der Statut Dr. Rekonkils nach, daß der kriminelle Abortus aus kein so bedeutende Rolle spielt, als man allgemein anzunehmen scheint. Es wurde schließlich beschlossen, die Worte „und 2“ zu streichen, wobei der Referent zugab, im Motivenbericht ausdrücklich hervorzuheben, daß kranke Personen nach einem normalen Abortus, selbstverständlich Anspruch auf Krankengeld habe. Der dritte Abfag behandelt die Gewährung des Beerdigungsbeitrages. Es wurde vom Ministerialrat Dr. Pospisil, als auch von einzelnen Mitgliedern des Ausschusses der Auffassung Ausdruck verliehen, daß die Bestimmung, daß der Anspruch auf das Begräbnisgeld den im Paragraphen 96 angeführten Familienmitgliedern zusteht, zu allzugroßen Erweiterungen führen würde. Der Ausschuss beschloß, es bei der gegenwärtigen Textur zu belassen und lediglich im ersten Satz anstelle der Worte „durchschnittlichen Lohnes“ einzufügen die Worte „durchschnittlichen täglichen Arbeitslohn“. Im Abfag 3, Zahl 2 wurde beschlossen, nach dem Worte „Versicherte“ einzufügen die Worte „der das Ergebnis ausgestattet hat“.

Bei Beratung des Paragraphen 96 machten sich Widersprüche bemerkbar. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien waren der Auffassung, daß die Bestimmung über die Gehaltsgrenze in einer dem gegenwärtigen Zeitpunkt modifizierten Form aus dem alten Krankenversicherungsgesetz übernommen werden müßte. Dubicky und Dr. Matousek beantragten, daß die Gehaltsgrenze mit 14.000 Kronen festgesetzt werde. Ebenso beantragten sie, daß die Gehaltsgrenze, die Anspruch auf Renteleistungen erhebt, mindestens durch ein Jahr vor der Erhebung des Anspruches in gemeinsamem Haushalt mit dem Versicherten gelebt haben muß und schließlich, daß im ersten Abfag des Paragraphen 96 ausdrücklich festgesetzt werde, daß die Familienangehörigen nicht vorwiegend, wie es die Vorlage vorsieht, sondern ausschließlich aus dem Lohne des Versicherten erhalten werden müssen. Demgegenüber verwiesen die Vertreter aller sozialistischen Parteien darauf, daß die Gehaltsgrenze praktisch niemals in Erscheinung getreten sei und daß die strenge Durchführung der Bestimmung über die Gehaltsgrenze eine gewaltige Belastung der Administration zur Folge hätte. Der Referent verwies mit Recht darauf, daß die Forderung nach Ausschließung von Personen mit einem gewissen Einkommen aus der Versicherung in einem diametralen Gegensatz zu der Forderung nach der Verklärung der Staatsbeamten und aller öffentlichen Angestellten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen steht. Es wurde weiter darauf verwiesen, daß durch die grundlegende Bestimmung im Paragraphen 96, erster Abfag, vorgebeugt wird dem Umfange, daß vermögende, nicht vorwiegend auf den Lohn des Versicherten angewiesene Personen auf Leistungen der Krankenkasse Anspruch erheben können. Der Antrag des Genossen Taub, die Gehaltsgrenze der Gattin gleichzustellen und den Abfag 3 zu streichen, wurde abgewiesen.

Vorläufig werden nun die Arbeiten des Unterausschusses unterbrochen; der sozialpolitische Ausschuss tritt Dienstag, den 15. Jänner, in die Generaldebatte ein.

Zunächst wird der Sichtvermerk für die Besucher der Wiener Frühjahrsmesse aufgehoben. Der nächste Schritt soll darin bestehen, den ausländischen Kaufleuten im allgemeinen, die sich mit dem Paß und der in den Handelsverträgen vorgezeichneten Gewerbelegitimationskarte ausweisen, den Grenzübergang nach Oesterreich ohne besonderen Sichtvermerk einer Vertretungsbehörde zu ermöglichen.

Für eine internationale Universität. Der Industrielle Herman in Detroit in den Vereinigten Staaten hat eine Million Dollars zur Errichtung einer internationalen Universität in Brüssel gewidmet.

Ungarischer Nationalfeiertag für die Kretzopfer. In der letzten Sitzung der ungarischen Nationalversammlung brachte Honvedminister Graf Csaky einen Gesetzentwurf ein, wonach der letzte Montag als Nationalfeiertag zum Andenken für die im Weltkrieg Gefallenen erklärt werden soll.

Schneestürme in England und im Kanal. In den letzten 24 Stunden wühten in ganz England heftige Stürme sowie Schneeverwehungen. Im Armeekanal war das Meer erregt und eine bedeutende Zahl von Schiffen befand sich in schwierigen Situationen. Der Luftverkehr auf dem Festlande ist unterbrochen. — Eine französische Meldung besagt: Aus vielen Orten an der Küste werden Stürme und Sturmfluten gemeldet. Bei Quissant hat der englische Dampfer Durham vormittags Notsignale gegeben. Eine Fischerflotte ist zerstört worden, mehrere Häuser wurden beschädigt.

Aufruhr auf einer philippinischen Insel. Nach einer amtlichen Meldung haben religiöse Fanatiker auf der Insel Bucas (einer Insel der Philippinengruppe) 13 philippinische Polizisten, darunter zwei Offiziere, getötet.

Die Ausnützung der Niagarafälle. Wie aus Niagara Falls gemeldet wird, hat der Premierminister von Ontario ein neues Elektrizitätswerk eingeweiht, durch das die aus den Niagarafällen gewonnene Kraft von 55.000 auf 330.000 Pferdekraft erhöht wird. Im nächsten Jahre sollen zwei weitere Werke fertiggestellt werden, wodurch die Gesamtkraft auf 550.000 Pferdekraft erhöht wird.

Gesicht zwischen Polizisten und Bankräubern. Reuter meldet aus Palm Beach (Florida): Eine starke Polizeimacht mit Maschinengewehren überrumpelte eine Versammlung von Bankräubern. Es folgte ein heftiges Gesicht, wobei der Führer der Polizei und fünf Räuber getötet wurden.

Große Dammbauten im untern Lechtal. Im Laufe des hiesigen Frühjahres wird in Südbayern ein großes Bauwerk zu Ende geführt werden: die Dammbauten im untern Lechtal. Die Gemeinden am Lechtal waren seit Jahren von Ueberschwemmungen heimgesucht. Besonders großen Schaden richtete die Hochwasserflut des Jahres 1910 an. Im Jahre 1911 wurden die Dammbauten begonnen und seither mit einer kleinen Unterbrechung während des Krieges fortgeführt. Die Dämme sind jetzt bis auf einen kleinen Teil fertig. Ein großer Teil des gewonnenen Grundes ist bereits in Kultur genommen. Da, wo früher Ueberschwemmungen waren, befinden sich jetzt gute Wiesen, Ackerfelder, Getreidefelder und Krantgärten.

Ein frecher Einbruchversuch. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde von zwei Männern ein Einbruchversuch in der Hauptstrasse des Franz Kasparek in M. Schönberg unternommen. Der Verräter der Straflam mit seiner Frau in der ersten Stunde aus dem Theater und bemerkte beim Eintritt in seine Wohnung die Unruhe des in der Küche befindlichen Hundes. Sofort ging er mit seinem Hund in den Hof, und sah wie gerade ein Mann die Hofmauer überstieg, merkte aber auch, daß noch ein Mann sich im Hofe befindet. Nun wollte Kasparek den Ursachen im Hofe festhalten; dieser setzte sich jedoch zur Wehr und es kam zu einem furchtbaren Hundgemenge. Wöglich trachtete ein Schuß und Kasparek sank schwer getroffen zu Boden. Die Einbrecher verschwanden hierauf. Die Kugel war Kasparek durch die Brust gegangen und fand ihren Ausgang in der Steigsgend, so daß angenommen werden kann, daß der Schuß von dem zuerst geflüchteten Einbrecher gegen Kasparek abgefeuert wurde. Kasparek mußte sofort ins Krankenhaus überführt werden. Noch den Tätern wird gefahndet.

Herabsetzung der Buchhändlerpreise. Das deutsch-schriebene Regierungsblatt meldet: Das Ernährungsministerium hat in Anbetracht der Tatsache, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Verbilligung der Papier- und Bücherpreise Aussicht auf Erfolg haben kann, eine Aktion eingeleitet, um die Papier- und Buchpreise, sowie die Druckerzitate herabzusetzen. Um die nötigen Voraussetzungen hauptsächlich in der Frage der Herabsetzung der Buchpreise zu schaffen, wendete sich das Ernährungsministerium zunächst an einige Druckereien und erhielt von denselben eine Herabsetzung der Druckerzitate um zehn Prozent zugesichert. In Anbetracht dieser Verbilligung trat das Ernährungsministerium in Verhandlungen mit dem Handelsministerium, um auch eine angemessene Herabsetzung der Papier- und Buchpreise, vor allem auch des Zeitungsmaterials, zu erzielen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Ministerien sowie mit den interessierten Industrie- und Gewerbetruppen dürften noch im Laufe des Monats Jänner abgeschlossen werden und eine durchschnittliche Verbilligung der Druckerzitate, der Papier- und Buchpreise um ungefähr zehn Prozent mit sich bringen.

Die „Belgia“ aus dem Kremis. Nach Berichten der „Asvestia“ hat in Moskau ein Vorfall großes Aufsehen erregt, der sich dieser Tage in den Korridoren des Kremis abgespielt hat. Der Kremis, der die leitenden Funktionäre der Sowjetrepublik beherbergt, steht selbstverständlich unter strenger Bewachung. In den Korridoren patrouillieren Tag und Nacht Schilddiener, an denen jeder Besucher vorüber muß. Kürzlich nun fand man in einem Korridor die Leiche eines Soldaten, der in seiner Brust einen Dolch stecken hatte. Der Vorfall verursachte große Aufregung, um so mehr, als auch die eingehendste Untersuchung das Rätsel nicht löste. Der Lauf der Dinge nahm dann aber einen grotesken Charakter an. Am anderen Tag hörte man nämlich aus demselben Korridor durchdringende Hilfsrufe und fand, als man der wie man glaubte, bedrängten Schilddiener Beistand leisten wollte, den Soldaten bewußtlos auf dem Boden. Zur Befinnung gebracht, erzählte dieser eine ganz merkwürdige Geschichte. Mitternacht habe geschlagen, als er auf seinem einsamen Patrouillengang am Ende des Korridors

plötzlich eine Gestalt habe austauschen sehen, einen alten Mann. Er konnte ihn ganz deutlich sehen, denn durch das Fenster fielen die Strahlen einer elektrischen Bogenlampe. Der Mann hatte ein blutiges Gesicht und hielt in der Hand einen langen Stab, an dessen Ende ein spitzer Haken saß. Keine trat er auf und bewegte sich in gerader Richtung gegen den zitternden Soldaten, der ihn sofort erkannte, denn er glich den Bildnissen Zwans des Schrecklichen. Der Alte erhob den Stab und rief mit lauter Stimme: „Ihr habt Ruhland verraten und verkauft, es zugrunde gerichtet und darum werdet auch ihr zugrunde gehen.“ Dann machte er Miene, ihm den Stab gegen die Brust zu stoßen. Da schrie der Soldat in seiner Verzweiflung auf und verlor die Besinnung. Von dem Alten war natürlich keine Spur zu finden. Die Regierung vermutet, daß ein Konterrevolutionär sich in den Palast geschlichen und bei Nachtzeit in der Maste Zwans des Schrecklichen die Wachen erschreckt und tötete. Es ist Befehl gegeben worden, die Posten zu verdoppeln und, falls der alte Jarengel sich wieder zeigen würde, ohne Anruf auf ihn zu schießen. Immerhin ergeben sich gewisse Schwierigkeiten, da sich die roten Soldaten weigern sollen, weiter die Wache in den Krematorien zu übernehmen. Man hat sich daher genötigt gesehen, für diesen Zweck die Agenten der Tscheka heranzuziehen.

Prager Chronik.

Anlegung eines zoologischen Gartens.

In einem Artikel „Der Prager Zoologische Garten in Sicht“ vom Weltreisenden Nemes im „Pravo Lidu“ heißt es, daß die Regierung für den Prager Zoologischen Garten ein Grundstück in Troja bei Prag und weiter als erste finanzielle Grundlage eine halbe Million Kronen gewidmet habe. Die zweite halbe Million hat der Landesauschuß gewidmet, und da die Stadt Prag und die Prager Geldinstitute nicht zurückbleiben werden, dürften in kürzester Zeit ungefähr drei Millionen Kronen zusammenkommen, worauf sofort an die Konstituierung des zoologischen Gartens geschritten werden könnte. Das Grundstück hat ein Ausmaß von acht Hektar, das allerdings für einen modernen zoologischen Garten nicht hinreichend ist, es ist aber daran gedacht, im Laufe der Zeit das Grundstück zu vergrößern. Das Kapital von drei Millionen genügt als erste Grundlage. Für die Anschaffung von Tieren, deren direkter Import aus ihrer Heimat sich empfiehlt, was billiger wäre als der Ankauf aus anderen zoologischen Gärten, würde zunächst ein Betrag von 300.000 K. genügen.

Weiterer Ausbau der Straßenbahn.

In den Arbeitsplan der Prager Straßenbahnunternehmungen ist für dieses Jahr der Ausbau der Strecke Jizkov-Holešowitz und Weinberge-Smichov vorgesehen. Eingeführt werden folgende Strecken: Nr. 2: Rejna-Alarov-Nationaltheater-Malarskybushof-Diskaner Friedhöfe. Nr. 10: Strahov-Nationaltheater-Alteinfalte-Pohorelec. Nr. 16: Diskaner Friedhöfe-Karlovo nam.-Palackýbrücke-Smichov. Nr. 13: Jizkov-Malarskybushof-Podolí. Nr. 20: Bršowitz-Spalena ul.-Nationaltheater-Alteinfalte. Nr. 21: Flora-Nationalmuseum-Wilsohnhof-Malarskybushof-Denisbushof-Karlin-Liben. Die Frequenz ist im Steigen begriffen. 1922 wurden an 90 Millionen Personen befördert, im Jahre 1923 über 113 Millionen. Am stärksten stieg die Frequenz in den Herbstmonaten Oktober, November und Dezember.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.
Tschechoslowakisch-österreichischer Eisenkartell.

In einer kurzen Veröffentlichung wird von dem nach längerer Verhandlungen gütlich zustande gekommenen Kontingentierungs- und Preisartikell der tschechoslowakischen und österreichischen Eisenwerke mitgeteilt. An Knappheit und Nichtsagenwollen ist diese Auslassung nicht zu überbieten. Es wird fundiert, die Vereinigung der tschechoslowakischen Eisenwerke habe mit der österreichischen Alpinen Montangesellschaft eine Vereinbarung getroffen, wodurch die Beilegerung der für beide Seiten in Betracht kommenden Absatzgebiete kontingentiert wird, und zwar in der Weise, daß die tschechoslowakischen Werke eine gewisse Quote (ein in Prozenten ausgedrückter Teil des zu deckenden Bedarfs) für den Export nach Desterreich gewährt wird, wobei die Preise der tschechoslowakischen Produkte in Desterreich den Preisen der Alpinen Montangesellschaft gleichgestellt werden sollen. Für ihr besonderes Entgegenkommen erhält letztere durch Zuweisung anderer Absatzgebiete in den Nachfolgestaaten eine Entschädigung. Auf österreichischer Seite steht vorläufig nur die Alpine, doch ist die Bildung auch einer österreichischen Vereinigung nach dem Wunsche der hiesigen im Zuge (es wird noch wegen der Quotenanteile gesehelt).

Der Zweck dieses Abkommens ist die Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz, vor allem aber die Erzielung höherer Gewinne, indem es den kartellierten Eisenwerken durch Erlangung einer Monopolstellung auf dem um Kroatien und Serbien vermehrten Gebiete des ehemaligen Desterreich möglich wird, die Eisenpreise hinaufzuschrauben. Die Anpassung der tschechoslowakischen Eisenpreise an die österreichischen dürfte ja nur durch entsprechende Erhöhung der letzteren erfolgen. Oder sollen jene auf das Niveau dieser herabgedrückt werden? Der französische Kanonenfabrikant Herr Schneider-Creuzot, der gegenwärtig die Herrscher der Alpinen Montangesellschaft wird sich eine so günstige Gelegenheit eines Exportprofites nicht so

ohne weiteres zugunsten der tschechoslowakischen, österreichischen und jugoslawischen Verbraucher entgegen lassen. Im Gegenteil, er wird doppelt verdienen: einmal bei der Alpinen durch die Preis-erhöhung und dann bei der ihm ebenfalls hörigen Berg- und Hüttengesellschaft in Briun durch Absatzverweigerung.

Die Großhandelspreise im vergangenen Jahre. Durch die Veröffentlichung des Großhandelsindex vom 1. Dezember 1923 ist es möglich, die Bewegung der Großhandelspreise im ganzen Jahre 1923 festzuhalten. Der Index der Großhandelspreise betrug am 1. Jänner 1923 1000 und stieg bis zum April, wo er seinen höchsten Stand im ganzen Jahre erreichte, bis auf 1031. Im Mai hielten sich die Preise ungefähr auf gleicher Höhe, der Großhandelsindex betrug 1030. Sodann tritt ein Fallen der Großhandelspreise ein, die ihren tiefsten Stand im August erreichten, da der Index 957 betrug. Von da tritt mit Unterbrechung des November wieder ein Ansteigen der Preise auf, im Dezember wurde, wie schon erwähnt, die Ziffer 984 erreicht. Wenn der Index des statistischen Staatsamtes den Tatsachen entspricht, dann ergibt sich während des ganzen Jahres 1923 ein Preisabbau von ganzen — zwei Prozent!

Die Arbeitslosenunterstützung der Bauarbeiter. Vom Ministerium für soziale Fürsorge wird mitgeteilt, daß im Sinne des Punktes 8, Paragraph 2 des Gesetzes Nr. 322-1921 S. d. G. u. B. die Saisonarbeiter keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, ausgenommen diejenigen, auf welche durch Regierungsverordnung die Wirksamkeit des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung erweitert wurde. Vorläufig wurde nur die Regierungsverordnung Nr. 34-1923 S. d. G. u. B. herausgegeben, welche bestimmt, daß Bauarbeitern die Arbeitslosenunterstützung nur in der Arbeitsaison, welche vom 1. März bis 31. Dezember dauert, zu gewährt ist. Die Bauarbeiter können also in den Monaten Jänner und Feber keine Unterstützung bekommen und es sind deswegen während dieser Zeit Entschädigungen und Interventionen in Angelegenheit der Unterstützung für die Bauarbeiter zwecklos. Alle davon abweichenden Nachrichten über die Unterstützung der Bauarbeiter, die in den Zeitungen veröffentlicht werden, entsprechen nicht der wirklichen Sachlage.

Stellenlosenunterstützung der Angestellten. Von der Zentraldirektive der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände wird uns geschrieben: Die Versicherten der Pensionersanstalten hatten sich die Behauptung vernommen, die schließlich auch ihren Glauben fand, daß sie das Gleiche, ja sogar viel mehr erhalten werden, als die Allgemeine Pensionsanstalt gewährt. Nun, da die Pensionersanstalten ihre Versprechungen erfüllen und Stellenlosenunterstützungen gewähren sollen, wie sie bereits bei der Allgemeinen Pensionsanstalt eingeführt sind, weigern sie sich, diese soziale Pflicht gegenüber ihren Mitgliedern zu erfüllen. Entgegen der Behauptung eines dieser Erfahrsinstitute, daß der Verband der Pensionersanstalten als obligatorische Organisation der Versicherungsträger beschlossen hat, seine Mitglieder anzuweisen, Stellenlosenunterstützung nicht zu gewähren, stellen wir fest, daß der Verband der Pensionersanstalten am 1. November 1923 einseitig beschlossen hat, neuerlich den Pensionersanstalten dringend zu empfehlen, daß sie in der jetzigen Wirtschaftskrise ihren ehemaligen Mitgliedern, falls sie stellenlos und die staatliche Unterstützung nicht beziehen, nach dem Beispiel der Allgemeinen Pensionsanstalt, Stellenlosenunterstützung zu gewähren. Der Verband der Pensionersanstalten machte sogar darauf aufmerksam, daß sich die Pensionersanstalten durch die Verweigerung der Stellenlosenunterstützung in ein ungünstiges Licht gegenüber der Allgemeinen Pensionsanstalt setzen, welche diese Unterstützung in reichlichem Ausmaß gewährt, und daß sie ihren Gegnern selbst die Waffe gegen sich in die Hand drücken. Er unterließ nicht, darauf hinzuweisen, daß die Pensionersanstalten, welche die Stellenlosenunterstützung eingeführt haben, mit ihr die besten Erfahrungen gemacht haben. Es geht daraus hervor, daß der Verband der Pensionersanstalten keinwegs beschlossen hat, daß die Stellenlosenunterstützung von seinen Mitgliedern nicht gewährt wird, sondern auf Drängen der Zentraldirektive der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände allen seinen Mitgliedern die Gewährung der Stellenlosenunterstützung nahegelegt hat. Derselbe Vorwurf, daß die Pensionersanstalten, ihre Pflicht nicht erfüllen, trifft ebenso das Pensionersinstitut der Zuckerindustrie, das sich beharrlich weigert, Stellenlosenunterstützung einzuführen.

Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz. Das Internationale Arbeitsamt gibt die Tagesordnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz bekannt, die am 16. Juni in Genf zusammentreten wird und sich vor allem mit folgenden Problemen befassen wird: 1. Gleichstellung der in- und ausländischen, von Arbeitsunfällen betroffenen Arbeiter, 2. wöchentlich 24stündige Betriebsruhe für gewisse Kategorien von Glashütten, 3. Nachtarbeit in Bäckereibetrieben. Unter den Berichten die der Arbeitskonferenz vorgelegt werden sollen, ist besonders der von der vierten Arbeitskonferenz geforderte Bericht über das internationale Problem der Arbeitslosigkeit zu erwähnen.

Ausstand in der Cref. über Seidenindustrie. Tausende Arbeiter der Cref. der Seiden- und Samt-Industrie sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Es kommen etwa 8000 Arbeiter in Frage.

Devisenkurse.
Die tschechische Krone notiert in:

New York	Dollar	2.91 00
London	Pfund	16.73 75
Berlin	Mark	126.000.000.000 00
Wien	Schilling	2.076 00

Züricher Schlusskurse am 10. Jänner.

Paris	mittl. Kurs	28.25 00
London		24.72 00
Berlin		—
Rom		24.87 00
Amsterdam		216.87 00
Wien		0.008 85
Budapest		0.0210 0
Brno		16.70 00
New York		5.75 25
Belgrad		6.42 50
Warschau		—

Kunst und Wissen.

„Carmen“. Bizets „Carmen“ ist wegen der einzigartigen Originalität seiner Musik zu einem Standwerk der gesamten internationalen Opernbühne geworden. Heute, nach 50 Jahren, ist die musikalische und dramatische Schlagkraft der Oper unvermindert. Unser letztes „Carmen“-Aufführungsgeschehen hinsichtlich des szenischen Teiles uneingeschränktes Lob, trotzdem diese Neuinszenierung lediglich darauf bedacht war, entsprechende stilgemäße und farbenprächtige Bühnenbilder zu schaffen. Dies ist ihr unter geschickter Ausnutzung der letzten Bühnentechnischen und dekorativen Errungenschaften ausgeglichen gelungen; das Stadtplan-Motiv des ersten Aktes, die Schmugglerschänke im zweiten und die Arena-Szenerie im letzten Akte sind Sehenwürdigkeiten. Die bewegten Bühnenbilder der Oper, vor allem im ersten Akte und in der Torero-Szene, leiden wie früher unter der musikalischen Abhängigkeit des Chores vom Kapellmeister; hier müßte die Regie durch doppelte Spielbedeutigkeit der nichtsingenden Statisten für einen entsprechenden Ausgleich sorgen. Leider entsprach die musikalische Neuaufmachung des Werkes durch Herrn Kapellmeister Stelzel nicht den szenischen Leistungen. Eine Oper wie „Carmen“ bedarf nicht nur der gründlichen musikalischen Vorbereitung, sondern muß auch in der rhythmischen Straffheit und beschwingten Leichtigkeit ihrer Musik reiflos erfaßt werden. Unter den Neubesetzungen ist in erster Linie der Don Jose Herr Theo Straß zu nennen, der stimmlich und darstellerisch kaum einen Wunsch offen ließ. Auch Frau Hussas „Micaela“ war eine Musterleistung und vor allem im Gesanglichen von nicht zu überbietender Vollkommenheit. Den „Escamillo“ sang Herr Hagen, wie immer geschmackvoll und vornehm in Ton und Haltung, fast zu nobel und solonmäßig für einen richtigen „Carmen“-Begleiter. Fr. Forais mehr schmeicheleische als dämonische „Carmen“ litt unter einer hartnäckigen Indisposition der Sängerin. In der kleinen Rolle des Sergeanten Morales fiel die schöne und kultivierte Stimme Herrn Czuhos auf. Die Einlage des Ballettes im vierten Akte ist vom musikalischen Standpunkte aus nicht gerechtfertigt, weil die Begleitmusik hierzu keinen eigentlichen Bestandteil der „Carmen“-Musik bildet.

Prager Deutscher Theater-Almanach 1924. Im Verlage von Gustav Janota Nachfolger hat Carl Schluderpacher zu Beginn dieses Jahres für das Neue deutsche Theater und die Kleine Bühne in Prag einen Theater-Almanach nebst Adressbuch herausgegeben. Nach mehrjähriger Pause ist dies der erste Versuch zur Wiedereinführung einer früheren ständigen Gesplogenschaft. Neben einem Kalendarium und zahlreichen Künstler-Bildern enthält das geschmackvolle, handliche Büchlein eine Uebersicht der Hauptfunktionäre und Ausschußmitglieder des Deutschen Theatervereines, eine erschöpfende Liste (nebst Adressangaben) aller Theatermitglieder und als wertvollsten Abschnitt eine lückenlose Zusammenstellung der im letzten Jahre bewirkten besonderen künstlerischen Arbeiten, getrennt nach Novitäten, Gastspielabenden, Konzerten, „Urania“-Klassiker-Vorstellungen, Arbeitervorstellungen etc. etc.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Salome“ (Beginn halb 8 Uhr), morgen Samstag „Im weißen Rösch“, Sonntagabend „Bocaccio“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Premiere „Der Mustergatte“, Samstag „Dorine und der Zufall“, Sonntag erste Wiederholung „Der Mustergatte“.

Wo vertehren wir?

- Café Continental, 1088 Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, 1088 Prag-Nejzanka.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smecly 22 (Urania).. 1067
- Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Gauymed“ Täglich. 11 PRAG II., Hybernská Nr. 7.
- Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Arbeitervorstellung „Florian Geyer“. Diesen Sonntag wird im Neuen Theater, halb 8 Uhr, das neue Hauptmann-Drama „Florian Geyer“ zu ermäßigten Preisen gegeben werden. Kartenverkauf bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Samstag, 12. Jänner 1924, abends 8 Uhr, im Karolinum, Hofal 2. Vortrag des Gen. Dr. J. Winterlich, Frankfurt a. M.: „Der Zusammenbruch Deutschlands“. Gäste willkommen. 2587

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II, Fügnerovo nam. 4. Samstag, 12. Jänner: Halb 7 Uhr Ausflugszug. Halb 8 Uhr Jahresversammlung. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder Pflicht. Vorführung von Lichtbildern aus dem modernen Sportleben. Sonntag, 13. Jänner: Museumsbesuch. Treffpunkt halb 10 Uhr Vorhalle.

Den Mitgliedern der Wintersportsektionen unseres Vereines sind die besonderen Fahrpreisbegünstigungen mit sofortiger Wirksamkeit bereits gesichert. — Weitere Fahrpreisbegünstigung für den Gesamtverein: Die 33-prozentige Ermäßigung gilt bereits ab 30 Kilometer (bisher nur ab 50 Kilometer!).

Turnen und Sport.

Länderwettbewerb Desterreich-Deutschland. Sonntag in Nürnberg. Bisher fanden sechs Länderspiele zwischen diesen beiden Gegnern statt, von denen Desterreich die ersten vier mit 3 : 2, 2 : 1, 5 : 1 und 3 : 2 gewann. In Dresden blieb das fünfte Spiel im Jahre 1921 mit 3 : 3 unentschieden, während 1922 Deutschland in Wien mit 2 : 0 einen Ueberrassungsieg erzielte. Deutschland stellt folgendes Team: Stuhlfaut, Kugler, Müller, Schmidt, Rath, Hagen, Sutor, Wiedler, Seideler, Franz, Kuer. Demnach sechs Mann des 1. FC Nürnberg und fünf von der Spielvereinigung Fürth.

Ein weiterer Sieg der Wiener Judooh in Kgypten. Die Wiener Judooh spielte am Dienstag in Tel Aviv bei Kairo gegen das dortige jüdische Team und siegte mit 5 : 1 (4 : 0). Torshützen Def. Schwarz und Nemes.

Wenn eine Fußballmannschaft auf Reisen geht... Im Hotel Abbazia in Triest sitzt die Budapest-Fußballmannschaft des UESC. in großer Verlegenheit, gewissermaßen als Pfand für ihre Schulden, da ein in Triest lebender Budapest-er Mann mit dem ganzen Reisegeld, insgesamt 22.000 Lire, durchgegangen ist. Dem Begleiter der Mannschaft ist nur soviel Geld übrig geblieben, daß er bis zur ungarischen Grenze reisen, sich dort von einem Bekannten Geld borgen und dann mit dem Schnellzug nach Budapest fahren konnte, wo er die Verlegenheit der Mannschaft erzählte. Auch ein Triester Verein, der die Tournee veranstaltet hatte, welche die Ungarn bis nach Mailand führen sollte, ist in Mitleidenschaft gezogen, weil der Defraudant dem Verein 4000 Lire unterschlagen haben soll.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, I. Edg ar, Reljanka 2a. 2535

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Ein heller Kopf
bäckt nur mit



Dr. A. Oetker's Backin.

Man schreibe um das neuerschienene Gratis-Rezeptbuch T2 an Dr. A. Oetker's Bäckereiverwerke Brunn, P. 43